

Lieber eine Teufelsmauer als Frau Merkel noch auf Dauer.

# Antragsbuch



Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 01.-02. Juni 2013

GS Martin Luther, Blankenburg



## Inhalt

### **Antragsbereich A - Umwelt, Verkehr und Energie**

|  |   |
|--|---|
| Günstiger Landesfahrschein für Schüler .....       | 3 |
| Moratorium für Verkehrsinfrastrukturprojekte ..... | 3 |
| Investitionsprogramm kommunale Straßen .....       | 4 |
| Verbot von Pelztierfarmen.....                     | 5 |
| Wildtierverschützung im Zirkus .....               | 5 |

### **Antragsbereich B - Bildung und Wissenschaft**

|   |    |
|---|----|
| Reform der Ausbildung von Erzieher/innen.....   | 7  |
| Krankheitsbedingtem Ausfall von Lehrerinnen und Lehrern nachhaltig begegnen.....        | 7  |
| Einheitliche Bewertung von Klassenarbeiten .....  | 8  |
| Berufsorientierung in den Schulen verbessern .....                                      | 9  |
| Portfolio in den Fächern Kunst, Musik und Sport .....                                   | 10 |
| Verstärkte Sanktionierung von politisch polarisierendem Verhalten von Lehrkräften ..... | 11 |
| Schulfrieden für Sachsen-Anhalt .....   | 11 |
| Sitzenbleiben als Intervention gegen Schulversagen ersetzen .....                       | 12 |
| Stärkung der KSSA im Hochschulgesetz LSA.....   | 14 |
| Schulsport neu gestalten .....  | 15 |
| Mehr Demokratie an Hochschulen.....   | 16 |

### **Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik**

|  |    |
|--|----|
| Zwangstranssexualisierungen verhindern .....   | 18 |
| Verschreibungspflicht Pille danach abschaffen .....  | 20 |
| Aufhebung der Pflicht zur Zuordnung einem Geschlecht .....   | 21 |
| Weiblichen Rechtsextremismus nicht unbeachtet lassen.....  | 22 |
| Überwachung islamfeindlicher und rassistischer Hetze auf PI.....   | 23 |
| RL 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer endlich umsetzen .....  | 23 |
| Rechte Netzwerke in Justizvollzugsanstalten verhindern.....  | 24 |
| Integration auch für nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigte Ausländer ermöglichen .....  | 25 |
| Freizügigkeit für Flüchtlinge .....  | 27 |
| Einführung eines einheitlichen europäischen Wahlrechts .....   | 27 |
| Abschaffung der nicht-individualisierten Funkzellenabfrage .....   | 28 |
| Institutionalisierung einer lohnpolitischen Koordinierung der Mitgliedsstaaten der EU .....  | 29 |
| Einführung eines einheitlichen europäischen Wahlrechts .....   | 30 |
| Image des Landes verbessern - "Imagekampagne" "Wir stehen früher auf" abschaffen .....   | 30 |
| Echtes Netz bzw. Netzneutralität sicherstellen .....   | 31 |
| Leistungsschutzrecht abschaffen .....  | 32 |
| Klare Trennung zwischen Feiertag und Samstag bzw. Sonntag .....  | 32 |
| Schaffung von Mehrpersonenwahlkreisen .....  | 33 |
| Würdigung Erich Ollenhauers.....   | 34 |
| Verkleinerung des Landtages.....   | 34 |
| Vereinheitlichung von Kommunalwahlen.....  | 35 |
| Die Reform des Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die kommende Legislaturperiode vorbereiten .....  | 36 |
| Verschlinkung der Landesverwaltung auf Ministeriumsebene prüfen.....   | 37 |
| Einkommensabhängige Gestaltung des Rundfunkbeitrags .....  | 37 |
| Kürzen allein ist noch keine Politik – Die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt muss politisch bestimmt werden! Finanzpolitische Grundsätze für ein Selbstverständnis der SPD Sachsen-Anhalt..... | 39 |

|   |    |
|---|----|
| Stärkung des Verbraucherschutzes: Versteckte tierische Verarbeitungshilfsstoffe und tierische Zusatzstoffe in Lebensmitteln kennzeichnen und lebensmittelrechtliche Definition von Vegetarismus und Veganismus..... | 43 |
| Abschaffung des erhöhten Schutzes für bestimmte Feiertage (§ 5 Feiertagsgesetz LSA).....  | 44 |
| Umwandlung der Kirchensteuer in ein kircheneigenes Beitragssystem .....   | 45 |
| Rentenversicherung bei Minijobs .....   | 46 |

#### **Antragsbereich D - Wirtschaft, Arbeit und Soziales**

|  |    |
|--|----|
| Einführung einer Pflegekammer in Sachsen-Anhalt.....                         | 46 |
| Lebenslanges Arbeitszeitkonto.....   | 47 |
| Ausweitung der Einzahlungspflicht in die gesetzliche Rentenversicherung..... | 48 |
| Altenpflege im Land nachhaltig verbessern – Pflegepakt entwickeln .....      | 49 |
| Vereinfachte Steuererklärung für Rentnerinnen und Rentner.....               | 50 |
| Nein zu Leiharbeit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.....                | 51 |
| Arbeitsfreie Tage nachholen .....  | 51 |
| Die Anpassung des § 9 Abs. 1 Nr. 4 Einkommensteuergesetz.....                | 52 |
| Ehrenamtliches Engagement in Hilfsorganisation.....                          | 53 |
| Chancengleichheit in Bewerbungsverfahren.....                                | 53 |
| Pflege.....  | 54 |
| Wiederaufstockung des Gründerzuschusses.....                                 | 55 |
| „Nein!“ zum sogenannten Familienstandsdarlehen.....                          | 56 |
| Versorgung psychisch erkrankter Elternteile .....                            | 58 |
| Reduzierter Mehrwertsteuersatz für sogenanntes Sozialcatering.....           | 59 |
| Förderung von Freiwilligendiensten .....                                     | 59 |

#### **Antragsbereich O - Organisation**

|   |    |
|---|----|
| Die Jusos Sachsen-Anhalt bekämpfen Sexismus in den eigenen Reihen ..... | 61 |
| Resolution - Netzneutralität garantieren .....                          | 62 |
| Konsequent solidarische Listenaufstellung zur Europawahl 2019 .....     | 63 |
| Barrierefreie Veranstaltungsorte .....                                  | 64 |
| Kennzeichnungspflicht als Koalitionsbedingung .....                     | 65 |
| Gründung einer „AG Grundsatz“ der Jusos Sachsen-Anhalt.....             | 65 |

1 Antrag: A1  
2  
3 Antragssteller: Jusos Stendal  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion  
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
8

### 9 **Günstiger Landesfahrchein für Schüler**

10  
11 Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass für Schüler\*innen auch außerhalb der  
12 Schulzeit günstig Angebote im Nahverkehr eingerichtet werden. Parallel zum  
13 "Schülerferienticket" soll auch für die Ferienzeit des gesamten Jahres ein günstiger Tarif  
14 angeboten werden.  
15

#### 16 **Begründung:**

17  
18  
19 Gerade in ländlichen Regionen sind Schülerinnen und Schüler auf Verbindungen des Regional -  
20 und Nahverkehrs angewiesen, um in die regionalen Zentren zu gelangen und am  
21 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Das Schülerferienticket, das bisher nur für die  
22 Sommerferien gilt, könnte um einen Tarif erweitert werden, um Schüler\*innen eine günstige  
23 Möglichkeit zu bieten, auch ganzjährig Kulturangebote wahrnehmen zu können, statt ihr  
24 Taschengeld in Bus -und Bahntickets regulären Preises investieren zu müssen.  
25  
26  
27  
28

29 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
30 Weitergeleitet an:

---

31  
32  
33 Antrag: A2  
34  
35 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)  
36  
37 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;  
38 SPD-Landtagsfraktion  
39

40 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
41

### 42 **Moratorium für Verkehrsinfrastrukturprojekte**

43  
44 In Sachsen-Anhalt sollen keine neuen zusätzlichen Verkehrsinfrastrukturprojekte begonnen  
45 werden, die aus Landes- oder kommunalen Mitteln bestritten werden müssen. Ausgenommen  
46 davon sind bereits begonnene Projekte, ÖPNV-Projekte und der Unterhalt bzw. die  
47 Instandsetzung bestehender benötigter Verkehrsinfrastruktur.  
48  
49

#### 50 **Begründung:**

51  
52 Auf den Landeshaushalt kommen auch in Zukunft weitere massive Einsparungen zu. Vor  
53 diesem Hintergrund sind politische Entscheidungen zu treffen, was sich das Land Sachsen-  
54 Anhalt noch leisten kann und will, und was eben nicht. Für die SPD ist Bildung einer der  
55 zentralen Schwerpunkte ihres politischen Handelns. Sie ist die Grundlage allen zukünftigen

1 Wohlstandes. Fehlentwicklungen in der Bildung lassen sich – einmal geschehen – kaum mehr  
2 korrigieren, da es hier immer auch um die Entwicklung von Menschen geht.  
3 Die weitere Expansion der Verkehrsinfrastruktur erscheint hingegen verzichtbar in einem Land,  
4 dessen Bevölkerung schrumpft und sich mehr und mehr auf die bereits gut erschlossenen  
5 Mittel- und Oberzentren konzentriert. Zudem stehen fortlaufend hohe finanzielle  
6 Aufwendungen für die bereits bestehende Verkehrsinfrastruktur an, die an vielen Stellen  
7 bereits marode ist (hier sei beispielsweise auf den Zustand vieler Brücken im Land verwiesen).  
8 Die Ausgabe von Geld für die Schaffung beispielsweise zusätzlicher Straßen für die Umgehung  
9 kleiner Ortschaften erscheint deshalb derzeit zumindest aufschiebbar.

10  
11  
12  
13  
14 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
15 Weitergeleitet an:

---

16  
17 Antrag: A3

18  
19 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)

20  
21 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt; SPD-Landesparteitag  
22 zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-  
23 Anhalt

24  
25 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

26  
27 **Investitionsprogramm kommunale Straßen**

28  
29 Die Bundesregierung soll ein Programm zur Auflösung des Investitionsstaus bei den  
30 kommunalen Straßen auflegen. Dieses soll an Kriterien wie Fußgänger- und  
31 Radfahrerfreundlichkeit, demografische Nachhaltigkeit sowie Bevorzugung des ÖPNV  
32 gebunden werden. Haushaltsmittel in einem angemessenen Umfang sind dafür  
33 bereitzustellen.

34  
35  
36 **Begründung:**

37  
38 Die kommunale Verkehrsinfrastruktur ist bundesweit deutlich unterfinanziert. Jährlich werden  
39 bestenfalls fünf statt der benötigten 13 Milliarden Euro investiert. Das Deutsche Institut für  
40 Urbanistik schätzte 2007 den Investitionsbedarf für den kommunalen Straßenbau für die Jahre  
41 2006 bis 2020 auf 160 Milliarden Euro, eine Summe, die die Kommunen angesichts der  
42 vielerorts desaströsen Haushaltssituationen auf absehbare Zeit nicht werden aufbringen  
43 können. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist aber Voraussetzung für Wohlstand und  
44 Wohlbefinden der Bevölkerung. Da die Kommunen und Länder ihre Einnahmen kaum erhöhen  
45 können, um dem wachsenden Bedarf Herr zu werden und dem weiteren Verfall der  
46 Infrastruktur entgegenwirken zu können, muss der Bund als Institution mit dem größten  
47 finanziellen Spielraum einspringen.

48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
56 Weitergeleitet an:

---

1 Antrag: A4  
2  
3 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag; SPD-Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt  
6  
7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

### Verbot von Pelztierfarmen

11 Die SPD setzt sich dafür ein, dass ein Verbot von Pelztierfarmen in den Tierschutzgesetzen der  
12 Länder und des Bundes festgeschrieben wird.

#### Begründung:

17 Für Menschen besteht keinerlei Notwendigkeit mehr Pelze zu tragen und damit einhergehend  
18 Tiere zu töten. Mittlerweile können hochwertige Fake-Fur-Artikel (Pelzimitate) in  
19 Echtpelzqualität produziert werden. Dass Menschen Pelz aus reinen Prestige Gründen tragen  
20 und hierfür Lebewesen sterben müssen ist unethisch und gehört verboten und politisch und  
21 gesellschaftlich bekämpft.

23 Des Weiteren stehen Pelztierfarmen vielerorts unter Verdacht, Tieren aus ökonomischen  
24 Gründen unverhältnismäßig viel Leid zuzufügen. Darunter fallen Vorwürfe wie das Halten von  
25 Tieren in viel zu kleinen Käfigen, als auch Häutung bei lebendigem Leibe. Eine „Humanisierung  
26 des Tötens“ kann es aber nicht geben, da Zweck, Nutzen, Leid und Ziel absolut nicht  
27 verständlich ist.

31 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
32 Weitergeleitet an:

---

34 Antrag: A5  
35  
36 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)  
37  
38 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt,  
39 SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament;  
40  
41 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

### Wildtierverbot im Zirkus

45 Die SPD setzt sich dafür ein, dass ein Verbot von Wildtieren (dies umfassend üblicherweise in  
46 der Wildnis lebende Tiere, die im Gegensatz zu Haustieren nicht domestiziert sind) im Zirkus  
47 umgesetzt wird. Bestehende Exemplare von Wildtieren werden in Auffangstationen bzw. in  
48 Zoos oder Tierparks unterkommen, sofern diese eine bessere Tierhaltung ermöglichen können.

#### Begründung:

53 Reisende Unternehmen wie Zirkusse, sind nicht in der Lage für eine artgerechte Tierhaltung  
54 von Wildtieren zu sorgen. Dementsprechend leiden die Tiere in deutschen Zirkussen Tag für  
55 Tag weiter.



1 Antrag: B1  
2  
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung und Soziales über den Juso-Landesvorstand  
4  
5 Weiterleitung an: SPD- Landtagsfraktion, SPD Landesparteitag  
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
8

### 9 **Reform der Ausbildung von Erzieher/innen**

10  
11 Die Ausbildung von Erzieher/innen soll in dem Maße reformiert werden, dass diese als  
12 eigenständige Ausbildung anerkannt wird und nicht mehr als Weiterbildung gewertet wird.  
13 Somit soll die zweijährige Ausbildung zum/r Sozialassistenten/in oder Pflegehelfer/in im  
14 Vorfeld der Erzieherausbildung entfallen. Im Zuge dieser Reform sollen auch die Möglichkeiten  
15 für Quereinsteiger/innen verbessert werden, diesen Beruf zu erlernen und ausüben zu können.  
16

#### 17 **Begründung:**

18  
19  
20 Bisher muss man in Sachsen-Anhalt, bevor man eine Ausbildung zum/r Erzieher/in beginnt,  
21 eine zweijährige Ausbildung zum/r Sozialassistenten/in oder Pflegehelfer/in absolvieren. Für  
22 Quereinsteiger/innen mit pädagogischer Vorbildung ist ein einjähriges Praktikum vor der  
23 Ausbildung Pflicht. Dies führt zu einer sehr langen Ausbildungszeit, die bei dem allgemeinen  
24 Erzieher/innen- mangel in Deutschland kontraproduktiv ist.  
25  
26  
27

28 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
29 Weitergeleitet an:

---

30  
31 Antrag: B2  
32  
33 Antragssteller: LAK Bildung und Soziales über den Juso-Landesvorstand und Jusos  
34 Magdeburg  
35  
36 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion  
37

38 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
39

### 40 **Krankheitsbedingtem Ausfall von Lehrerinnen und Lehrern nachhaltig begegnen**

41  
42 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert ein geeignetes Konzept zu entwickeln oder  
43 entwickeln zu lassen, wie dem krankheitsbedingten Unterrichtsausfall in Sachsen-Anhalts  
44 Schulen nachhaltig und effektiv begegnet werden kann.  
45

46 Dabei müssen unter anderem Möglichkeiten geschaffen werden, welche gewährleisten, dass  
47 mit Neueinstellungen auf den langfristigen, krankheitsbedingten Ausfall einer Lehrkraft  
48 reagiert werden kann.  
49

50 Die Frist von sechswöchigen Krankschreibungen im Vorfeld einer möglichen Abordnung einer  
51 Lehrkraft von einer anderen Schule wird im Rahmen dieses Konzeptionsverfahrens verkürzt.  
52 Die Regeln zur Abordnung müssen in diesem Prozess der Konzeptentwicklung außerdem  
53 vereinfacht werden, um die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten.  
54

55 Des Weiteren muss neben dieser Bekämpfung der Symptome auch die Ursache der  
56 langfristigen Krankenstände unter Lehrerinnen und Lehrern im Land angegangen werden,







1 Einbindung der Berufsorientierung gehört somit in die Rahmenrichtlinien bzw. Lehrpläne der  
2 einzelnen Unterrichtsfächer.  
3  
4  
5  
6

7 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
8 Weitergeleitet an:

---

10 Antrag: B5

12 Antragssteller: Jusos Dessau-Roßlau

14 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag

16 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen

### 18 Portfolio in den Fächern Kunst, Musik und Sport

20 Erstellung von Portfolios anstelle von Benotung von talentabhängigen Fächern bis zur 10.  
21 Klasse:

- 23 1. Aussetzung der Benotung in Kunst, Musik und Sport
- 24 2. Erstellung eines Portfolios pro Halbjahr für jeden Schüler
- 25 3. Knapper Bericht des Lehrers pro Themengebiet über Leistungen des Schülers
- 26 4. Theorie und Praxis werden nach Leistung und Entwicklung gesondert eingeschätzt
- 27 5. Im Fach Sport werden die Leistungen nach bisherigen Maßstäben (Höhen, Zeiten, etc.)  
28 eingeschätzt, hinzugefügt wird eine Rangfolge die die Talente nach Sportarten aufzeigt.

#### 30 Begründung:

31  
32 Lernleistungen in den Fächern Kunst, Musik und Sport sind sehr stark  
33 talentgebunden und können daher nur sehr begrenzt objektiv bewertet werden.  
34 Zeugnissensuren sollten nicht von Talenten und körperlichen Voraussetzungen  
35 abhängen. Schülerspezifische Portfolios ermöglichen eine detailliertere und  
36 ausführlichere Einschätzung der Leistungen und kreativen Arbeit. Außerdem bieten  
37 sie die Möglichkeit längerfristig die Entwicklung eines Schülers in den jeweiligen  
38 Fächern nachzuvollziehen.  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47

48 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
49 Weitergeleitet an:

---

1 Antrag: B6  
2  
3 Antragssteller: Jusos Dessau-Roßlau  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag  
6  
7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
8

9 **Verstärkte Sanktionierung von politisch polarisierendem Verhalten von Lehrkräften**

10  
11 Parteipolitische Werbung und politisch polarisierendes Verhalten von Lehrkräften soll verstärkt  
12 geprüft und sanktioniert werden. Den betroffenen Schülern sollen Möglichkeiten aufgezeigt  
13 werden, dagegen anzugehen.  
14

15  
16 **Begründung:**

17  
18 Natürlich ist die Schule direkt nach dem Elternhaus die wichtigste Erziehungsinstanz zur  
19 Formung eines mündigen Bürgers, der sich in unserer Gesellschaft eine eigenständige Meinung  
20 bilden kann. Maßgeblich trägt dazu auch der Sozialkundeunterricht bei, in dem die  
21 verschiedenen großen Parteien unter neutralen Gesichtspunkten beleuchtet werden. Dies  
22 halten wir für völlig legitim und notwendig, jedoch sind wir nicht damit einverstanden wenn  
23 eine Lehrkraft den Unterricht als Plattform für politische Polarisierung verwendet. So kommt es  
24 nicht selten vor, dass Schüler per Handzeichen nach ihrem späteren Wahlerhalten befragt  
25 werden, welches anschließend bei einigen kritisiert wird. Auch eine 45 minütige Beleuchtung  
26 von Strukturen und Zielen einer einzigen Partei durch die Lehrkraft ist kein Einzelfall. Fühlen  
27 sich Schüler auf diese Weise in ihrer Meinungsbildung bedrängt müssen ihnen in deutlicherer  
28 Weise Möglichkeiten aufgezeigt werden, dagegen anzugehen. Bestätigt sich eine solche  
29 Anschuldigung sollte die Lehrkraft von den zuständigen Schulbehörden darauf hingewiesen  
30 und bei mehrmaligem Vorkommen auch zur Rechenschaft gezogen werden.  
31  
32  
33  
34

35 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
36 Weitergeleitet an:

---

37  
38 Antrag: B7  
39  
40 Antragssteller: Jusos Anhalt-Bitterfeld  
41  
42 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag  
43  
44 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
45

46 **Schulfrieden für Sachsen-Anhalt**

47  
48 Schulfrieden in Sachsen-Anhalt mit allen Parteien bis 2018  
49  
50

51 **Begründung:**

52  
53 In vielen anderen Bundesländern (z.B. Bremen und Hamburg) gibt es einen Schulfrieden, der  
54 besagt, dass es in den Bundesländern über mehrere Jahre keine Veränderungen im  
55 Bildungswesen gibt. Unabhängig davon, welches Bildungssystem man im Detail bevorzugt,  
56 sind für die Schüler, Lehrer und Eltern in Sachsen-Anhalt die ständigen Schulreformen seit

1 Beginn der 90er Jahre ein dauerhaftes Ärgernis. Daher sollten sich die im Landtag vertreten  
2 Parteien darauf verständigen im bestehenden Bildungssystem für die nächsten 5 Jahre keine  
3 grundlegenden Änderungen durchzuführen.

4  
5  
6

7 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

8 Weitergeleitet an:

---

9

10 Antrag: B8

11

12 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)

13

14 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand

15

16 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

17

### 18 **Sitzenbleiben als Intervention gegen Schulversagen ersetzen**

19

20 Das Land Sachsen-Anhalt soll mit Beginn der kommenden Legislaturperiode die Maßnahme der  
21 Nichtversetzung als Intervention gegen Schulversagen durch geeignetere Instrumente  
22 ersetzen. Der Rest der laufenden Legislaturperiode ist für die Vorbereitung dieses Vorhabens zu  
23 nutzen.

24

25 Der SPD-Landesvorstand wird beauftragt, das Vorhaben in den Entwurf des Wahlprogrammes  
26 für die kommende Landtagswahl aufzunehmen.

27

28

### 29 **Begründung:**

30

31 Im Jahre 2009 kam eine Bertelsmann-Studie zur Wirksamkeit des Sitzenbleibens zu folgendem  
32 Schluss: „Klassenwiederholungen führen weder bei den sitzengebliebenen Schülerinnen und  
33 Schülern zu einer Verbesserung ihrer kognitiven Entwicklung, noch profitieren die im  
34 ursprünglichen Klassenverband verbliebenen Schülerinnen und Schüler von diesem  
35 Instrument. Dies belegen alle verfügbaren und bei einer methodenkritischen Überprüfung  
36 belastbaren empirischen Studien. Klassenwiederholungen sind daher als unwirksame  
37 Maßnahme in den deutschen Schulsystemen anzusehen.“ Das ist mehr als deutlich und lässt  
38 keinerlei Spielraum für Interpretationen.

39

40 Worauf beruht dieses Ergebnis? Seit den 70er Jahren wurde anhand einer Vielzahl von Studien  
41 im deutschsprachigen sowie im angloamerikanischen Raum nachgewiesen, dass Sitzenbleiben  
42 nicht nur nicht positiv wirkt, sondern den Leistungsrückstand der betroffenen Schüler\_innen zu  
43 den übrigen Mitgliedern ihrer Altersgruppe sogar weiter vergrößert. Die bereits erwähnten und  
44 von den Verfechtern des Sitzenbleibens gerne angeführten Leistungsverbesserungen im  
45 Wiederholungsjahr verpuffen im Nichts, da die Leistungen bereits im Folgejahr angesichts der  
46 gestiegenen Anforderungen wieder absinken. Hinzu kommen negative Auswirkungen auf das  
47 Verhalten, das Selbstkonzept sowie die Einstellung gegenüber dem Schulbesuch. Damit wird  
48 ein fataler Teufelskreis in Gang gesetzt, denn Schüler\_innen, die durch abweichendes  
49 Verhalten sowie eine negative Einstellung zu den eigenen Fähigkeiten und zur Schule auffallen,  
50 erzielen in der Regel nur noch schlechtere Leistungen. Dies erklärt, warum beim direkten  
51 Vergleich leistungsschwache versetzte Schulkinder besser abschneiden, als ebenso  
52 leistungsschwache, aber nichtversetzte Gleichaltrige.

53

54 Hinzu kommt, dass die regulär versetzten Schüler\_innen nicht einmal von der Aussortierung  
55 der Leistungsschwachen profitierten, der Wunsch nach einem erfolgreicherem Lernen in  
56 leistungshomogenen Klassen also nicht in Erfüllung geht. Da wundert es nicht, dass sich die

1 Nichtversetzung auf einer 2009 von John Hattie veröffentlichten Liste von Einflussfaktoren auf  
2 die Leistungen von Schüler\_innen auf Platz 148 von 150 mit einem negativen Effekt und in  
3 guter Gesellschaft von Fernsehen und Umzügen wiederfindet. Nicht zuletzt ist Sitzenbleiben  
4 besonders nachteilig für Kinder mit Migrationshintergrund sowie solche aus sozial  
5 benachteiligten Familien, denn diese starten oft unter schwierigeren Voraussetzungen ihre  
6 Schulkarriere und werden durch unser selektives Bildungssystem schlechter gefördert und  
7 häufiger aussortiert.

8  
9 Nun könnte noch argumentiert werden, dass eine Verbindung der Strafmaßnahme bzw.  
10 Strafandrohung Klassenwiederholung verbunden mit gezielter individueller Förderung im  
11 Wiederholungsjahr zu gewünschten Ergebnissen führen müsste. Doch auch hier weit gefehlt:  
12 Die Forschung zeigt, dass in der regulären Schullaufbahn verbleibende Kinder bei individueller  
13 Förderung bessere Ergebnisse erzielen, als aussortierte individuell geförderte Kinder.  
14 Vermutlich ist der Motivationsverlust durch das Sitzenbleiben derart hoch, dass selbst eine  
15 individuelle Förderung den angerichteten Schaden nur schwer reparieren kann. Und dass das  
16 über den Schüler\_innen schwebende Damoklesschwert des Sitzenbleibens durch seine  
17 Drohkulisse noch mehr Schulversagen zu verhindern mag, ist ebenso in Frage zu stellen: Der  
18 Erfolg der Bildungssysteme anderer Staaten, die ohne das Sitzenbleiben auskommen, spricht  
19 nämlich eine andere Sprache. So stellt die Forschungsgruppe um Julia Krohne und Klaus-Jürgen  
20 Tillmann mit Bezug auf die PISA-Studie von 2003 heraus, dass Deutschland zwar  
21 unangefochtener Spitzenreiter beim Sitzenbleiben sei, viele erfolgreichere Länder diese  
22 Maßnahme aber eher selten oder überhaupt nicht praktizierten.

23  
24 Angesichts dieser erdrückenden Beweislast mag man sich nur noch dem Urteil der  
25 Bertelsmann-Studie anschließen: „Eine Viertelmillion jährlich sitzenbleibender Schülerinnen  
26 und Schüler bedeutet insgesamt einen beträchtlichen Verlust an Lebenszeit.“ Die Maßnahme  
27 habe lediglich „eine demotivierende Wirkung, verbunden mit Schulunlust und Selbstzweifeln“.  
28 Doch überstürzt werden darf nichts: Ein sofortiges Abschaffen des Sitzenbleibens ist nicht  
29 unbedingt die beste Lösung, wenn geeignete Alternativen noch nicht ausreichend etabliert  
30 sind. Deshalb scheint ein geordneter Übergang, wie ihn sich die rot-grüne niedersächsische  
31 Koalition zur Aufgabe gemacht hat, der wohl vielversprechendste Weg zu sein.

32  
33 Bleibt nur noch die Frage, wohin dieser Weg führen soll, also mit welchen Maßnahmen  
34 Schüler\_innen anstelle des Sitzenbleibens unterstützt werden sollten. Nicht, dass die  
35 Bildungsforschung hierauf nicht schon Antworten gefunden hätte. So finden sich auf der  
36 bereits erwähnten Liste von John Hattie eine Vielzahl nachweislich wirkungsvollerer  
37 Mechanismen: beispielsweise die Verbesserung der Schüler-Lehrer-Beziehung, individuelles  
38 Feedback zu Leistungsfortschritten, mehr Klarheit bei den Anleitungen der Lehrkräfte,  
39 kooperatives Lernen oder eine bessere Zusammenarbeit mit den Eltern. Auch die  
40 Forschungsgruppe um Julia Krohne und Klaus-Jürgen Tillmann fordert Alternativen, durch die  
41 Schüler\_innen individuell besser gefördert werden können. Dies setze allerdings voraus, dass  
42 die „individuellen Förderbedürfnisse von Lehrkräften als Teil ihrer pädagogischen Alltagsarbeit  
43 angesehen und angenommen werden“. Sie schlagen unter anderem individuelle Förderpläne  
44 für sogenannte „Risikoschüler“, Sprachkurse im Grundschulbereich sowie Programme für  
45 Schulaussteiger in der Sekundarstufe I vor. Wichtig ist in jedem Fall, dass die Zeichen, die  
46 darauf hindeuten, dass Schüler\_innen im Laufe ihrer Schullaufbahn aus ebendieser Bahn  
47 geraten, frühzeitig erkannt werden. Die Lehramtsausbildung sollte darauf gezielt vorbereiten.

48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55 Abstimmungen:  
56 Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: B9  
2  
3 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an SPD-Landtagsfraktion; SPD-  
6 Landtagsfraktion  
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
9

### 10 **Stärkung der KSSA im Hochschulgesetz LSA**

11  
12 Für die Konferenz der Studierendenschaften in Sachsen-Anhalt (KSSA) soll eine rechtsfähige  
13 Körperschaft des öffentlichen Rechts auf Landesebene gebildet werden (§65 HSG LSA). Das  
14 Aufgabenfeld soll die hochschulpolitische Interessensvertretung auf Landesebene in  
15 Anlehnung an die bestehenden Aufgaben der Studierendenschaften umfassen.  
16  
17  
18  
19  
20  
21

#### 22 **Begründung:**

23  
24 Im Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt sind die Studierendenschaften Körperschaften  
25 des öffentlichen Rechts und haben u.a. folgende Aufgaben:  
26

- 27 1. die Meinungsbildung in der Gruppe der Studierenden ermöglichen;
- 28 2. die Belange ihrer Mitglieder in Hochschule und Gesellschaft wahrnehmen;
- 29 3. an der Erfüllung der Aufgaben der Hochschule (§§ 3 und 4) insbesondere durch  
30 Stellungnahmen zu hochschul- oder wissenschaftspolitischen Fragen mitwirken;
- 31 4. auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung die politische Bildung, das  
32 staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft ihrer Mitglieder zur  
33 aktiven Toleranz sowie zum Eintreten für die Grund- und Menschenrechte fördern;
- 34 5. kulturelle, fachliche, wirtschaftliche und soziale Belange ihrer Mitglieder wahrnehmen;
- 35 6. die Integration ausländischer Studierender fördern;
- 36 7. den Studentensport fördern;
- 37 8. die überregionalen und internationalen Studierendenbeziehungen pflegen  
38

39 Eine landesweite Studierendenschaft ist zwar im Hochschulgesetz erwähnt (Absatz 5),  
40 allerdings ist die Rechtsform nicht eindeutig geklärt. Ebenfalls ist das Aufgabenfeld nicht  
41 definiert.  
42

43 Eine derzeitige Vereinsform kann zwar auch funktionieren, doch die Nicht-Verfasstheit von  
44 Studierendenschaften gestaltet sich als besonders schwierig. Als Beispiel kann hierfür Bayern  
45 dienen, in denen sich selbst die Stupas/Astas in Vereinen organisieren müssen und  
46 dementsprechend Nachteile haben.  
47

48 Eine Körperschaft des öffentlichen Rechts für die KSSA hat somit mehrere Vorteile:

- 49 1. Verbesserung der Vernetzung der Studierendenräte in LSA.
- 50 2. Verbesserung der rechtlichen Stellung, des Einflusses der Legitimität, sowie der  
51 Handlungsfähigkeit gegenüber landespolitischer Institutionen.
- 52 3. Klare Mitgliedschaftsregelungen.
- 53 4. Klare finanzielle Situation.  
54  
55

1 Um dies eindeutig für die Zukunft zu klären, bedarf es somit einer klaren Definition und  
2 Überarbeitung des Hochschulgesetzes hinsichtlich einer Stärkung der KSSA, da eine starke und  
3 tragfähige Vernetzung der Studierendenschaften auf Landesebene wichtig ist.

4  
5  
6  
7 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
8 Weitergeleitet an:

---

9  
10 Antrag: B10

11  
12 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)

13  
14 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion; SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die  
15 SPD-Landtagsfraktion

16  
17 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

### 18 19 **Schulsport neu gestalten**

20  
21 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert zu prüfen, inwiefern der Schulsport in seiner  
22 jetzigen Form folgendermaßen umgestaltet werden kann:

- 23  
24 - Den Schülerinnen und Schülern soll die Möglichkeit gegeben werden, bereits ab der 7.  
25 Klasse den Schulsport in verschiedenen Kursen zu betreiben.  
26 - Der Unterricht soll, soweit möglich, in Zusammenarbeit mit Vereinen und Schulen (z. B.  
27 Tanzschulen) erfolgen.  
28 - Den Schülerinnen und Schülern soll die Möglichkeit gegeben werden, eine Sportart in  
29 mehreren nach Leistungsniveau gestaffelten Kursen zu belegen.

### 30 31 **Begründung:**

32  
33 Ziel des Schulsports soll sein, den Schülerinnen und Schülern den Spaß und das Interesse am  
34 Sport zu vermitteln, ihnen Ehrgeiz und Zielstrebigkeit anzueignen und gleichzeitig ein Gefühl  
35 für Fairness und Teamgeist zu entwickeln. Doch die gängige Praxis des Schulsports beweist oft  
36 das Gegenteil. Durch zu groß angelegte Klassen ist es nicht möglich, auf die einzelnen  
37 Interessen der Sporttreibenden einzugehen und dies zu fördern. Die Schülerinnen und Schüler  
38 werden dadurch zum Betreiben von Sportarten gezwungen, für die sie überhaupt kein  
39 Interesse besitzen. Der Bewertungsmaßstab, der oft utopisch hoch angelegt ist und eben nur  
40 jene Schülerinnen und Schüler begünstigt, die ein Interesse für diesen Sport zeigen oder sogar  
41 in Vereinen intensiver betreiben, wirkt sich negativ auf die Kernaufgabe des Schulsports aus.  
42 Die Folge stellt sich unterschiedlich dar:

- 43  
44 - Die schlechte Bewertung demotiviert die Schülerinnen und Schüler,  
45 - der Verlust von Interesse am Sport wird verstärkt,  
46 - die Schülerinnen und Schüler zeigen keine Motivation für Vereinssport und  
47 - die Vereine werden durch extreme Nachwuchsprobleme bedroht.

48  
49 Durch die Einführung von Sportkursen, wie es gängige Praxis in der Oberstufe ist, kann dem  
50 entgegengewirkt werden. Die Betreuung, Aufsicht und Benotung erfolgt weiterhin durch die  
51 Sportlehrenden, die Trainingsdurchführung kann durch Vereinstrainer oder andere Lehrkräfte  
52 unterstützt werden.

53  
54 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
55 Weitergeleitet an:

---



1 Antrag: B11  
2  
3 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;  
6 SPD-Landtagsfraktion  
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
9

### 10 **Mehr Demokratie an Hochschulen**

11  
12 Im Hochschulgesetz Sachsen-Anhalt sind folgende Maßnahmen zur Behebung eines  
13 derzeitigen Demokratiedefizits an den Hochschulen im Land umzusetzen:  
14

15 1. Die Verteilung der Sitze in den Gremien der Hochschulen soll geändert werden hin zu einer  
16 Parität zwischen solchen Mitgliedern der Statusgruppe der HochschullehrerInnen und aller  
17 anderen Statusgruppen. Demnach soll das derzeitige Verhältnis von 6-2-2-1 zu einem 5-2-2-1  
18 Verhältnis geändert werden. Wenn bei Abstimmungen nur genau 50 Prozent der  
19 Stimmberechtigten für eine Maßnahme stimmen, so gilt diese als abgelehnt.  
20

21 2. Die für informierte demokratische Entscheidungen erforderliche Transparenz ist zu fördern.  
22 Dafür ist unter anderem im Gesetz die Pflicht der Hochschulleitung festzuschreiben, dass diese  
23 alle zwei Jahre ihre Pläne für die kurz- und mittelfristige Entwicklung der Hochschule  
24 veröffentlicht, welche auch die Entwicklungen in den einzelnen Fakultäten umfasst. Deren  
25 Umsetzung ist universitätsintern regelmäßig zu überprüfen und zu dokumentieren.  
26

27 3. Die ProrektorInnen sollen künftig aus jeder Statusgruppe entspringen können und ihre  
28 Herkunft nicht allein auf die Statusgruppe der HochschullehrerInnen beschränkt sein.  
29

### 30 **Begründung:**

31  
32 Die Hochschulen sind Selbstverwaltungsorganisationen, in denen von den Angehörigen in  
33 regelmäßigen Wahlen eine demokratische Legitimation der Gremien ausgeht. Diese  
34 Legitimation unterliegt derzeit jedoch gewissen Defiziten, die durch die oben genannten  
35 Maßnahmen ausgeglichen werden sollen.  
36

37 Zu 1.:

38 Die HochschullehrerInnen haben so nach wie vor eine Sperrminorität inne, sodass keine  
39 Beschlüsse gegen den gemeinsamen Willen ihrer Statusgruppe durchgesetzt werden können.  
40 Für das Fällen von Beschlüssen ist diese Statusgruppe dann aber auch ebenso wie die anderen  
41 Statusgruppen auf die Bildung von Koalitionen angewiesen.  
42

43 Zu 2.:

44 Demokratische Mitbestimmung erfordert Informationen der Entscheidungsträger wie auch  
45 aller Angehörigen der Hochschulen. Zumeist verfügen selbst die EntscheidungsträgerInnen wie  
46 z.B. Senatsmitglieder nicht über alle notwendigen Informationen, die sie für bestimmte  
47 Abstimmungen benötigen. Mit der Veröffentlichung eines Entwicklungsplans wird  
48 Transparenz für einen entscheidenden und weichenstellenden Bereich der internen  
49 Informationen der Hochschulinformationen erzeugt. Dieser bietet dann auch konkrete  
50 Anknüpfungspunkte für hochschulpolitische Handlungen und offenbart wichtige  
51 Weichenstellungen für alle interessierten Kreise.  
52

53 Zu 3.:

54 Bisher sieht § 69 Abs. 8 S. 1 Hochschulgesetz LSA vor, dass ProrektorInnen nur aus dem Kreis der  
55 ProfessorInnen der Hochschule stammen können. Dies soll jedoch für alle Hochschulmitglieder  
56 geöffnet werden. Insbesondere unter den Angehörigen des Mittelbaus befinden sich häufig

## Antragsbereich B - Bildung und Wissenschaft

1 zahlreiche Personen, die aufgrund ihrer Erfahrungen an der Universität geeignet wären, eine  
2 neue Perspektive in das Rektorat einzubringen. Diese Erfahrungswelten eines Großteils der  
3 Hochschulangehörigen blieben dem Rektorat bisher verschlossen.

4

5

6

7

8 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

9 Weitergeleitet an:

---

1 Antrag: C1  
2  
3 Antragssteller: LAK Gleichstellung und Zukunft über den Juso-Landesvorstand  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den  
6 SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundeskongress  
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
9

### 10 **Zwangstranssexualisierungen verhindern**

11  
12 Die Jusos sowie die SPD setzen sich für eine Anerkennung der Rechte von intersexuellen  
13 Menschen ein. Dafür wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, den entsprechenden  
14 Antrag der Bundestagsfraktionen von Die.Linke und Bündnis 90/ Die Grünen im Bundestag zu  
15 unterstützen.  
16

- 17 1. Es dürfen keine chirurgischen und/oder medikamentösen/hormonellen Eingriffe  
18 erfolgen, so lange keine lebensbedrohliche Indikation zugrunde liegt.  
19
- 20 2. Kosmetische Eingriffe dürfen nur bei ausdrücklicher Einwilligung der betroffenen und  
21 zuvor ausführlich informierten Personen stattfinden. Eine alleinige Zustimmung der  
22 Erziehungsberechtigten genügt nicht. Die behandelnden Mediziner\_innen informieren  
23 die betroffenen Personen über alle gegenwärtigen und zukünftigen Risiken von  
24 Eingriffen sowie deren Unterlassung schriftlich. Das gilt insbesondere bei der  
25 Entfernung hormonproduzierender Organe und daraus resultierenden  
26 medikamentösen Hormonersatztherapien.  
27
- 28 3. Bei Entlassung händigen die behandelnden Mediziner\_innen den betroffenen  
29 Menschen bzw. deren Eltern unaufgefordert eine Kopie der Patientenakte aus.  
30
- 31 4. Die Eltern von betroffenen Kindern sind wahrheitsgetreu aufzuklären. Für die  
32 betroffenen Menschen selbst gilt eine stufenweise, altersgerechte Aufklärung über ihre  
33 Besonderheit. Zur Aufklärung und Vernetzung von betroffenen Personen sollen  
34 außerklinische, interdisziplinäre Kontakt- und Beratungszentren öffentlich finanziert  
35 und ausgebaut werden.  
36

### 37 **Begründung:**

38  
39 Der Begriff "Intersexualität" stammt aus der Medizin und beschreibt ein "Dazwischen"  
40 zwischen den sich einander ausschließend definierten Geschlechtern Mann und Frau. Dieser  
41 Definition kann und sollte man skeptische gegenüber stehen, allerdings werden in diesem Text  
42 Worte wie Intersexualität, intersexuell etc. benutzt, da sie auch von Betroffenen zur  
43 Selbstbeschreibung genutzt werden. Weitere (nicht unumstrittene) Bezeichnungen sind  
44 Hermaphroditismus, Zwitterigkeit und "Disorders of Sex Development" (DSD).  
45  
46

47 Intersexualität dient als Oberbegriff, um Menschen zu kategorisieren, die nicht "eindeutig" in  
48 die Geschlechtskategorien Mann/Frau eingeordnet werden können. Dies bezieht sich auf das  
49 chromosomale (Frau: XX, Mann: XY), gonadale (Keimdrüsen: Eierstöcke, Hoden), hormonale  
50 (definierter Sexualhormonspiegel), genitale (innere Genitalien: Gebärmutter, Eierleiter und  
51 Scheide; Prostata und Samenleiter) und morphologische Geschlecht (äußere  
52 Geschlechtsorgane). Die Ursachen für Intersexualität sind so vielfältig wie ihre Ausprägungen.  
53

54 Wissenschaftliche Studien kommen zu dem Schluss, dass bei Anlegung strenger Kriterien ein  
55 Kind von 1.500 Kindern als "Intersexuell" auf die Welt kommt (also etwa 55.000 in

1 Deutschland). Bei etwas weiter gefassten Kriterien kommen Studien sogar auf ein Kind pro  
2 hundert Neugeborener.

3  
4 Die zahlenmäßig überwiegende Gruppe von Intersexuellen wird in der Medizin als Menschen  
5 mit "Androgenitalem Syndrom" bezeichnet. Diese Stoffwechselstörung sorgt für  
6 Komplikationen im Hormonhaushalt des oder der Betroffenen. Mädchen haben dann meist  
7 eine vergrößerte Klitoris. Bei Jungs werden in der Pubertät die Hoden nicht größer. Außerdem  
8 können verschiedene anatomische Besonderheiten dazu führen, dass ein Mensch in der  
9 Gesellschaft als intersexuell gilt- etwa ein Penis, der eine bestimmte Größe unterschreitet.

10  
11 Nach der Geburt des Kindes soll das Geschlecht bestimmt werden. Teilweise ist dies aber nur  
12 widersprüchlich möglich. Die Geschlechtsanpassungen sollen das Geschlecht  
13 "vereindeutlichen", damit das Kind eine "stabile" Geschlechtsidentität entwickeln kann. Diese  
14 Auffassung geht von einem "wahren" Geschlecht und einer traditionellen auf Reproduktion  
15 ausgerichteten Lebensweise aus. Es ignoriert, dass Menschen ihre Sexualität auch anders  
16 ausleben können und wollen könnten.

17  
18 Zu 1.: Die Geschlechtsanpassung wird in vielen Fällen auf chirurgische Weise vorgenommen. Zu  
19 den häufigsten Operationen zählen die Kastration, die Verkleinerung der Klitoris und die  
20 Schaffung einer künstlichen Vagina. Oft sind die Eingriffe irreversibel und mit vielen  
21 Folgeoperationen verbunden.

22 Die Geschlechtsanpassungen können auch über eine Hormontherapie erfolgen. Bei länger  
23 dauernder Einwirkung dieser können die Veränderungen nicht mehr rückgängig gemacht  
24 werden. Die Eingriffe führen außerdem zu psychischen und physischen Schäden unter denen  
25 die Betroffenen ein Leben lang zu leiden haben, wie die Hamburger Intersex-Studie 2007 belegte.

26  
27 Zu 2.: Es geht in diesem Antrag nicht darum erwachsenen Intersexuellen das Recht auf eine  
28 selbstbestimmte Veränderung ihres Körpers zu nehmen. Aber diese Operationen an Kindern,  
29 die nicht einwilligen oder sich wehren können, ist Gewalt und eine Verletzung ihres Rechts auf  
30 körperliche Unversehrtheit.

31 Menschen mit Besonderheiten in der geschlechtlichen Entwicklung sind Teil unserer  
32 Gesellschaft und haben das gleiche Recht auf freie Entwicklung. Die an ihnen begangenen,  
33 medizinisch nicht notwendigen, traumatisierenden Behandlungen stellen laut der  
34 Stellungnahme des Deutschen Ethikrats einen schwerwiegenden und nicht zu rechtfertigen  
35 Eingriff in das Recht auf Unversehrtheit, Selbstbestimmung und das Persönlichkeitsrecht dar.

36 Da in den meisten Fällen eine medizinische Indikation fehlt, sollte die Entscheidung über eine  
37 mögliche Behandlung von den Betroffenen selbst nach vollständiger Aufklärung gefällt  
38 werden. Die Eingriffe sind durch die Auswirkungen auf die sexuelle Selbstbestimmung des  
39 Kindes, seine geschlechtliche Identität und Fortpflanzungsfreiheit höchstpersönlich. Dadurch  
40 kann diese Entscheidung nicht von den Eltern getroffen werden.

41  
42 Zu 3.: Es sind mehrere Fälle bekannt, in denen Intersexuelle, die im Kindesalter operiert  
43 wurden, im Erwachsenenalter die Patientenakten angefordert haben und diese nicht  
44 aufzufinden waren. Des Weiteren ist den Eltern und den Betroffenen selbst teilweise nicht  
45 bekannt, was operiert wurde, aus welchem Grund und welche Auswirkungen das hat/haben  
46 kann. Dies erfahren Betroffene teilweise erst Jahre später von anderen Ärzt\_innen. Mit einer  
47 Kopie der Patientenakte, die unmittelbar nach der Behandlung ausgehändigt wird, bekommen  
48 die Betroffenen Klarheit über die Behandlungen.

49  
50 Zu 4.: Intersexualität ist ein sehr vielfältiges Thema. Die Entscheidung über eine Operation  
51 bzw. Behandlung sollte erst nach intensiver Beratung und reiflicher Überlegung getroffen  
52 werden. Für die Betroffenen hat es Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Darum müssen in  
53 einer Beratungsstelle alle beteiligten Disziplinen vertreten sein, um eine angemessene  
54 Beratung garantieren zu können. Da die Operationen und Behandlungen meist von  
55 Mediziner\_innen in Krankenhäusern vorgenommen wurden, ist eine unabhängige Instanz für  
56 die unvoreingenommene Beratung wichtig. Eine altersgerechte Aufklärung ist dabei besonders

1 wichtig. Viele Kinder werden im Unklaren über ihre Besonderheit gelassen und es wird  
2 versucht, dass sie sich durch die Erziehung einem Geschlecht anpassen.  
3  
4  
5

6 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
7 Weitergeleitet an:

---

8  
9 Antrag: C2

10 Antragssteller: LAK Gleichstellung und Zukunft über den Juso-Landesvorstand

11 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress  
12

13 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
14

### 15 **Verschreibungspflicht Pille danach abschaffen**

16  
17  
18 Wir Jusos fordern, dass postkoitale hormonelle Verhütungsmittel in Deutschland rezeptfrei  
19 erhältlich sein sollen. Statt der Verschreibungspflicht soll die Apothekenpflicht gelten.

20 Außerdem sollen Apotheker\_innen im Rahmen des Selbstbedienungsverbots für  
21 apothekenpflichtige Medikamente dazu verpflichtet werden, über die Risiken und  
22 Nebenwirkungen aufzuklären und eine nachträgliche Untersuchung bei einem Gynäkologen  
23 bzw. einer Gynäkologin empfehlen. Der/die das Medikament aushändigende Apotheker\_in hat  
24 über die allgemeine Aufklärung bzgl. Risiken und Nebenwirkungen hinaus, dezidiert bzgl. der  
25 Patientin die Zugehörigkeit zu den verbreitetsten und gefährdetsten Risikogruppen zu erfragen.  
26 Im Zweifelsfall hat er/sie die Patientin an einen Arzt/eine Ärztin zu verweisen und das  
27 Medikament vorerst nicht auszuhändigen.  
28  
29  
30

### 31 **Begründung:**

32  
33 Während mittlerweile in fast allen europäischen Ländern postkoitale Verhütungsmittel,  
34 insbesondere Levonorgestrel rezeptfrei erhältlich sind, fallen diese in Deutschland nach wie vor  
35 unter die Verschreibungspflicht. Der zuständige Ausschuss des Bundesinstituts für  
36 Arzneimittel und Medizinprodukte hat sich bereits 2004 offen für die Aufhebung dieser Pflicht  
37 ausgesprochen hat. Uns ist bewusst, dass die „Pille danach“ mit schwerwiegenden  
38 Nebenwirkungen verbunden ist, jedoch ist es unserer Meinung nach für deren Wirkung  
39 hinderlich, die Einnahmezeit durch die Notwendigkeit eines Rezepts hinauszuzögern.  
40 Schließlich, so zeigen Studien, ist das Medikament umso wirkungsvoller, je kürzer es nach dem  
41 Koitus eingenommen wird. Innerhalb von 24 Stunden beträgt die Wahrscheinlichkeit  
42 ungewollt schwanger zu werden, lediglich 0,4 %. Auch die Weltgesundheitsorganisation  
43 bestätigt, dass es sinnvoller sei die „Pille danach“ so zeitnah wie möglich einzunehmen.

44 Die Nebenwirkungen des Medikaments sind allerdings derart stark, dass es durch Aufheben  
45 der Verschreibungspflicht nicht zu einem „Routine-Verhütungsmittel“ werden würde. Dies  
46 zeigen auch die Erfahrungen der EU-Länder, in denen Levonorgestrel rezeptfrei erhältlich ist.  
47 Des Weiteren nimmt die Wirkung der „Pille danach“ durch mehrmalige Anwendung ab.

48 Als ein Argument für die Verschreibungspflicht wird angeführt, dass das Verhütungsmittel  
49 einen gravierenden Eingriff in den weiblichen Körper vornehmen würde und demnach die  
50 Verbraucherin vor Einnahme über mögliche Risiken und Nebenwirkungen informiert werden  
51 muss. Dies soll von einem Gynäkologen bzw. einer Gynäkologin vorgenommen werden.  
52 Erwiesenermaßen nimmt die Wirkung dieses Medikamentes jedoch mit zunehmender Länge  
53 des Zeitraums zwischen Koitus und Einnahme ab. Demzufolge gestaltet es sich als  
54 problematisch, diesen Zeitraum durch den Sprechstundenbesuch einer Ärztin bzw. eines Arztes  
55 unnötig in die Länge zu ziehen. Wir sehen die Wichtigkeit der Aufklärung über Risiken und  
56 Nebenwirkungen zwar gegeben, denken jedoch, dass dies im Sexualkundeunterricht



1 Antrag: C4  
2  
3 Antragssteller: LAK gegen Rechtsextremismus und LAK Gleichstellung Zukunft über  
4 Juso-Landesvorstand und Jusos Magdeburg  
5  
6 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion  
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
9

### 10 Weiblichen Rechtsextremismus nicht unbeachtet lassen 11

12 Der Kampf gegen Rechts erfordert eine breite gesellschaftliche Offensive und alle zur  
13 Verfügung stehenden rechtsstaatlichen und demokratischen Mittel. Dabei dürfen die Frauen,  
14 die für rechtsextreme Einstellungen und Ideologien nicht weniger anfällig sind als Männer,  
15 nicht weiter unterschätzt und ignoriert werden. Bereits heute sind 22 Prozent der NPD-  
16 Mitglieder weiblich, Tendenz steigend. Sie treiben die menschenverachtende Ideologie  
17 aktiv voran und beteiligen sich an Aktionen, Kampagnen und Straftaten.  
18

19 Der geschlechterbewusste Umgang mit Rechtsextremismus ist Grundlage für die effektive  
20 Präventionsarbeit, Aufklärung und den Kampf gegen Rechts.  
21

22 Damit die rechte Strategie der kommunalen Verankerung nicht von Erfolg gekrönt ist, müssen  
23 einerseits die sog. „deutungsmächtigen lokalen Akteure“, wie Bürgermeister\_innen,  
24 Vertreter\_innen der Kommunalverwaltung und -politik sowie Verantwortungsträger\_innen bei  
25 der Polizei, in der Kirche, von Vereinen und in der Jugendarbeit über das Auftreten und die  
26 Situation von Frauen in der Neonazi-Szene aufgeklärt werden. Auch Lehrer und Lehrerinnen  
27 müssen für dieses Thema sensibilisiert werden. Darüber hinaus muss es Eingang in die  
28 Rahmenlehrpläne und pädagogischen Richtlinien finden.  
29

30 Für Frauen und Mädchen müssen spezielle Angebote der Jugend- und Sozialarbeit entwickelt  
31 werden, sie brauchen speziell auf sie abgestimmte Ausstiegsprogramme, da die bislang  
32 existierenden Programme fast ausschließlich auf Männer zugeschnitten sind.  
33

### 34 Begründung: 35

36 Frauen werden als politische Akteurinnen häufig weniger wahr und ernst genommen, auch in  
37 den gesellschaftlichen Debatten und der medialen Darstellung sind sie kaum präsent. Dabei  
38 haben Frauen in der rechtsextremen Szene in den letzten Jahren stetig an Einfluss gewonnen:  
39 Sie bringen sich immer häufiger aktiv und offensiv ein. Gerade beim sog. „Kampf um die Mitte“  
40 setzen rechtsextreme Parteien ganz bewusst auf Frauen. Sie sollen als Teil der rechten  
41 Strategie der Unterwanderung der Zivilgesellschaft sollen Vereine und Bürgerinitiativen  
42 übernehmen, sich in Elternvertretungen einbringen oder in Schulen und KiTas tätig werden.  
43  
44  
45

46  
47 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
48 Weitergeleitet an:  
49

---

1 Antrag: C5  
2  
3 Antragssteller: LAK gegen Rechtsextremismus über Juso-Landesvorstand, Jusos  
4 Magdeburg  
5  
6 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-  
7 Bundestagsfraktion  
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

### 10 **Überwachung islamfeindlicher und rassistischer Hetze auf PI**

11  
12 Eine konsequente Überwachung des Blogs "Politically Incorrect" und der damit in Verbindung  
13 stehenden Akteure durch die Verfassungsschutzämter von Bund und Land ist umzusetzen  
14  
15

#### 16 **Begründung:**

17  
18 Seit dem Anschlägen in Oslo und Utoya im Sommer 2011 ist das Phänomen des antiislamisch  
19 motivierter Terrorismus gegen die „multikulturelle Gesellschaft“ nicht nur in weiten Teilen der  
20 Bevölkerung bekannt, auch der Verfassungsschutz beginnt seither zunehmend zu realisieren,  
21 dass es eine Art Netzwerk zwischen realen Gruppen und verschiedenen islamophoben  
22 Websites gibt.

23 Die Anschläge haben gezeigt, dass rechtsextreme Gewalt nicht nur von subkulturell geprägten  
24 „klassischen“ Neonazis ausgeht, sondern auch von Personen aus bürgerlichem Umfeld.

25 Bisher hat lediglich der Verfassungsschutz in Hamburg vor über einem Jahr angegeben, zu  
26 überprüfen ob eine Überwachung islamfeindlicher Webseiten notwendig ist, gibt es bisher  
27 keine Anzeichen dafür, dass die Überwachung erfolgt.

28 Um das große Potential des „bürgerlich-biedereren“ Rassismus und dem daraus zu erwartendem  
29 Handeln besser einschätzen zu können, ist eine Überwachung dringend notwendig.  
30  
31  
32  
33

34 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
35 Weitergeleitet an:

---

36  
37  
38  
39 Antrag: C6  
40  
41 Antragssteller: LAK Gleichstellung und Zukunft über den Juso-Landesvorstand und Jusos  
42 Magdeburg  
43  
44 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag  
45

46 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

### 47 **RL 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner 48 Opfer endlich umsetzen**

49  
50 Die Bundesregierung wird aufgefordert, die RL 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des  
51 Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer endlich in nationales Recht umzusetzen, um  
52 den Menschenhandel in der Bundesrepublik aktiv und effektiver bekämpfen zu können und die  
53 Rechte der Opfer zu stärken.  
54  
55  
56



1 **Begründung:**

2  
3 In der Europäischen Union werden laut einer umfassenden EU-Studie zum Thema  
4 Menschenhandel immer mehr Menschen als Prostituierte oder Zwangsarbeiter ausgebeutet.  
5 Laut der Studie ist die offizielle Zahl der Opfer von Menschenhandel in den 24 EU-Ländern  
6 zwischen 2008 und 2010 um 18 Prozent von 6.309 auf 7.418 pro Jahr gestiegen. Einschließlich  
7 der Mitgliedsländer, deren Daten 2008 nicht vorlagen, waren es 2010 sogar 9.528 Fälle.

8  
9 Zwischen 2008 und 2010 wurden damit in der EU insgesamt 23.623 Opfer von Menschenhandel  
10 registriert. 68 Prozent waren Frauen, zwölf Prozent Mädchen, 17 Prozent Männer und drei  
11 Prozent Jungen. Zwei von drei Betroffenen wurden laut der Studie zur Prostitution gezwungen.  
12 Obwohl immer mehr Menschen Opfer von Menschenhandel werden, ist die Zahl der  
13 verurteilten Menschenhändler im untersuchten Zeitraum von 1534 im Jahr 2008 auf 1339 im  
14 Jahr 2010 gesunken, das entspricht 13 Prozent. In Deutschland gingen die Verurteilungen sogar  
15 um 15 Prozent zurück, von 155 auf 131.

16  
17 Trotz dieser alarmierenden Zahlen hat die Bundesrepublik Deutschland die EU-Richtlinie gegen  
18 Menschenhandel vom März 2011 bislang nicht umgesetzt, weil sich Union und FDP nicht auf ein  
19 schärferes Strafrecht einigen konnten. Diese sieht vor, den Menschenhandel effektiver zu  
20 bekämpfen und die Rechte der Opfer zu stärken. Die Frist zur Umsetzung der Richtlinie RL  
21 2011/36/EU in nationales Recht endete im April 2013.

22  
23  
24  
25  
26 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

27 Weitergeleitet an:

---

28  
29 Antrag:

C7

30  
31 Antragssteller:

LAK gegen Rechtsextremismus über den Juso-Landesvorstand und Jusos  
32 Magdeburg

33  
34 Weiterleitung an:

Landesparteitag, Landtagsfraktion,

35  
36 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

37  
38 **Rechte Netzwerke in Justizvollzugsanstalten verhindern**

39  
40 Eineinhalb Jahre nach dem Verbot der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene  
41 und deren Angehörige e.V.“ (HNG) versuchen rechtsextreme Kreise erneut Strukturen und  
42 Kommunikationswege zu inhaftierten Neonazis aufzubauen. Ziel dieser Kampagne ist es,  
43 rechtsextreme Straftäterinnen und Straftäter und deren Angehörige ideologisch zu festigen  
44 und finanziell zu unterstützen. Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung auf,  
45 mögliche Kontakte dieses konspirativen rechtsextremistischen Netzwerkes in die  
46 Justizvollzugsanstalten Sachsen-Anhalts permanent zu überprüfen und angemessene  
47 Maßnahmen einzuleiten.

48  
49  
50 **Begründung:**

51  
52 Rechtsextremisten versuchen aus hessischen Justizvollzugsanstalten heraus ein bundesweit  
53 tätiges konspiratives Netzwerk aufzubauen. Die Behörden in Hessen ermitteln. Da es Hinweise  
54 gibt, dass dieses Netzwerk auch Kontakte zur Terrorzelle NSU suchte, sind diese  
55 Vernetzungsbemühungen besonders brisant.



1  
2 Ausländern ohne dauerhafte Aufenthaltsberechtigung soll unter Ausschöpfung aller  
3 rechtlichen Möglichkeiten und Ermessensspielräume sowie unter Berücksichtigung der  
4 fachlichen und persönlichen Eignung die Aufnahme einer Ausbildung bzw. eines Studiums  
5 ermöglicht werden.  
6

7 Die Ermöglichung der Integration ist ausdrücklich nicht von der Erfüllung von  
8 Mitwirkungspflichten, z.B. bei der Passbeschaffung, abhängig.  
9

10  
11 **Begründung:**  
12

13 Das aktuelle deutsche Ausländerrecht ist darauf ausgerichtet, Ausländer von der Einreise  
14 abzuhalten bzw. nach erfolgter Einreise möglichst schnell durch Rückkehrförderprogramme  
15 oder aufenthaltsbeendende Zwangsmaßnahmen in ihr Herkunftsland zurückzuschicken. Dies  
16 ist insbesondere bei solchen Ausländern der Fall, deren Lebensunterhalt durch Sozialhilfe oder  
17 ähnliche Leistungen getragen werden müsste, was die wirtschaftsorientierte Ausrichtung des  
18 Ausländerrechts deutlich macht.

19 Ein solcher Umgang mit Ausländern, die aus schwerwiegenden Gründen ihre Heimat verlassen  
20 und die damit ihre gesamte Existenz aufgegeben haben, ist mit Hinblick auf die deutsche  
21 Geschichte und die damit verbundene Verantwortung sowie rechtsstaatlicher Prinzipien  
22 untragbar.

23 Eine wichtige Voraussetzung für eine Festigung des Aufenthalts ist die Integration des  
24 betreffenden Ausländers, die auf verschiedenste Art und Weise erfolgen kann, so z.B. auf  
25 kulturelle, rechtliche, sprachliche oder identifikatorische Weise. Eine solche Integration wird für  
26 Flüchtlinge durch das deutsche Ausländerrecht regelrecht verhindert, da diese beispielsweise  
27 nicht an Integrationskursen teilnehmen dürfen, der Schulbesuch faktisch nicht ermöglicht wird  
28 oder die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nicht erlaubt ist. Hieraus resultiert der politische  
29 Wille, die Ausländer schnellstmöglich zur Ausreise zu bewegen oder ggf. durch  
30 aufenthaltsbeendende Maßnahmen zwangsweise in ihr Herkunftsland abzuschicken.

31 Mit den hier vorgeschlagenen Änderungen soll es den Flüchtlingen erleichtert werden, sich in  
32 die Aufnahmegesellschaft zu integrieren. Die wichtigste Grundlage hierfür ist die sprachliche  
33 Integration durch das Erlernen der deutschen Sprache. Dies muss so früh wie möglich erfolgen.

34 Einen weiteren Schritt stellt die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit dar. Hierdurch werden die  
35 Ausländer durch soziale Kontakte und die Anwendung der deutschen Sprache besser integriert  
36 und können einen erheblichen Teil ihres Lebensunterhalts selbst bestreiten. Außerdem kann  
37 hiermit psychischen Problemen vorgebeugt werden, wenn die Ausländer sich nicht den ganzen  
38 Tag isoliert in der Gemeinschaftsunterkunft aufhalten.

39 Zur Vorbereitung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit muss der Zugang der Ausländer zur  
40 schulischen, betrieblichen und akademischen Ausbildung erleichtert werden.  
41  
42  
43

44 Abstimmungen:

Angenommen/Abgelehnt:

45 Weitergeleitet an:

---

46

1 Antrag: C9  
2  
3 Antragsteller: LAK Bildung und Soziales über den Juso-Landesvorstand und Jusos  
4 Magdeburg  
5  
6 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag sowie zur Weiterleitung an  
7 alle SPD-Landesparteitage  
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

### 10 Freizügigkeit für Flüchtlinge

11  
12 Nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigte Ausländer sollen sofort nach Umverteilung von den  
13 Zentralen Aufnahmestellen der Bundesländer auf die Aufnahmekommunen dezentral in  
14 Wohnungen untergebracht werden. Das Asylverfahrensgesetz sowie die  
15 Landesaufnahmegesetze sind entsprechend zu ändern. Die Wohnungen sollen eine gute  
16 Anbindung an die regionale Infrastruktur besitzen. Per Gesetz soll die Übernahme von  
17 Kautionen bzw. Genossenschaftsanteilen in geeigneter Weise geregelt werden.  
18 Die Residenzpflicht wird bundesweit aufgehoben.  
19

#### 20 Begründung:

21  
22 Gemäß § 53 Abs. 1 AsylVfG sollen Ausländer, die sich im behördlichen Asylverfahren  
23 befinden und nicht mehr zum Aufenthalt in einer Aufnahmeeinrichtung verpflichtet sind, in  
24 der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Nach Satz 2 selbiger Norm  
25 sollen hierbei aber sowohl das öffentliche Interesse als auch die Belange des Ausländers  
26 berücksichtigt werden, sodass eine grundsätzliche dezentrale Wohnungsunterbringung  
27 möglich ist. Als Positivbeispiel sei hier die Stadt Dessau-Roßlau genannt, die dies bereits jetzt  
28 umsetzt.  
29

30  
31 Für die Erreichbarkeit der Ausländer im Sinne des § 47 Abs. 3 AsylVfG ist es lediglich  
32 ausschlaggebend, dass eine Meldeanschrift existiert und der Ausländer sich regelmäßig an  
33 dieser Anschrift aufhält, sodass Briefe von Behörden und Gerichten zeitnah zugestellt werden  
34 können. Hieraus folgt, dass eine Residenzpflicht nicht notwendig ist, insbesondere in teilweise  
35 absurden Fällen einzelner Bundesländer, in denen nicht einmal die jeweilige  
36 Aufnahmekommune verlassen werden darf.  
37  
38  
39  
40

41 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:  
42 Weitergeleitet an:

---

43  
44 Antrag: C10  
45  
46 Antragssteller: Jusos Magdeburg  
47  
48 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag  
49

50 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

### 51 Einführung eines einheitlichen europäischen Wahlrechts

52  
53 Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag und dem Europäischen Parlament  
54 werden aufgefordert, sich für ein einheitliches europäisches Wahlrecht einzusetzen. Um die  
55

1 Zersplitterung des Europäischen Parlaments zu minimieren, soll das Wahlrecht eine  
2 Prozenzhürde beinhalten.  
3

4  
5 **Begründung:**  
6

7 Während das aktive Wahlrecht zur Europawahl 2009, abgesehen von Österreich (16 Jahre), bei  
8 18 Jahren lag, variierte das passive Wahlrecht in den einzelnen Mitgliedsstaaten von 18 bis 25  
9 Jahren. Ebenso gibt es keine einheitliche Regelung bezüglich der Existenz oder der Höhe einer  
10 Prozenzhürde.

11 Gemäß Artikel 223 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) hat das  
12 Europäische Parlament einen Entwurf der erforderlichen Bestimmungen für die allgemeine  
13 unmittelbare Wahl seiner Mitglieder nach einem einheitlichen Verfahren in allen  
14 Mitgliedstaaten oder nach im Einklang mit allen Mitgliedstaaten gemeinsamen Grundsätzen  
15 zu erstellen.  
16

17  
18 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
19 Weitergeleitet an:

---

20  
21 Antrag: C11  
22

23 Antragssteller: LAK gegen Rechtsextremismus über den Juso-Landesvorstand und Jusos  
24 Harz  
25

26 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den  
27 SPD-Bundesparteitag  
28

29 Der nächste SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
30

31 **Abschaffung der nicht-individualisierten Funkzellenabfrage**  
32

33 Wir fordern die Abschaffung der in § 100g Abs. 2 Satz 2 StPo beschriebenen nicht-  
34 individualisierten Funkzellenabfrage.  
35

36  
37 **Begründung:**  
38

39 Traurige Berühmtheit erlangte das Instrument der Funkzellenabfrage im Februar 2011, als  
40 während der Anti-Nazi-Demo in Dresden über 800.600 Verkehrsdaten (Verbindungsdaten) und  
41 229 Bestandsdaten in der Dresdner Südvorstadt gesammelt wurden ("Handygate").  
42

43 Dabei wurden die Daten von zahlreichen Unbeteiligten gespeichert und ausgewertet.  
44 Zwar müssen die Betroffenen im Nachhinein von den Behörden darüber informiert und ihre  
45 Daten gelöscht werden, jedoch wird dies laut einem Bericht des Berliner  
46 Datenschutzbeauftragten, Alexander Dix, häufig missachtet und unterlassen.  
47

48 Umso unverständlicher ist es daher, dass dieser schwere und meist unverhältnismäßige  
49 Eingriff in das Fernmeldegeheimnis offensichtlich routinemäßig von den Sicherheitsbehörden  
50 angewendet wird.  
51

52 Diese Entwicklungen lassen dringenden Handlungsbedarf erkennen, der mit diesem Antrag  
53 entsprochen werden soll.  
54

55 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
56 Weitergeleitet an:

---

1 Antrag: C12  
2  
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag  
6  
7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
8

9 **Institutionalisierung einer lohnpolitischen Koordinierung der Mitgliedsstaaten der EU**

10  
11 Eine gesetzliche Regelung, die im Zuge einer europäischen Reform eine institutionalisierte  
12 lohnpolitische Koordinierung der Mitgliedsstaaten der EU schafft, ist einzuführen.  
13

14  
15 **Begründung:**

16  
17 Die Staats- und Schuldenkrise, die Europa seit Ende 2007 in Atem hält, hat verschiedene  
18 Ursachen. Abgesehen von deregulierten Finanzmärkten und überzogenem  
19 Erpressungspotenzial von Großbanken gelten als eine Ursache stark divergierende  
20 Lohnstückkosten in den Euroländern, die zu massiven Leistungsbilanzdivergenzen geführt  
21 haben.

22 Besonders in Spanien, Griechenland und Portugal waren es Leistungsbilanzdefizite, die zu einer  
23 enormen Verschuldung des öffentlichen wie auch des privaten Sektors führten.

24 Diese Leistungsbilanzdefizite wurden maßgeblich von massiven Lohnstückkostendivergenzen  
25 innerhalb des Euroraums erzeugt. Dabei erwirtschaftete die Bundesrepublik im Zuge ihrer  
26 sinkenden Reallöhne seit 2005 hohe Nettoauslandsverbindlichkeiten innerhalb des Euroraums  
27 und setzte sich somit primär als Wettbewerbsstandort nicht gegen Konkurrenten des globalen  
28 Marktes, sondern gegen ihre EU Partner durch.

29 Dabei schwächte die Bundesrepublik nachhaltig ihre eigene Binnennachfrage, und weitete  
30 radikal ihren Niedriglohnsektor aus.

31 Die asymmetrische Lohnanpassung, die die Schwarz-Gelbe Bundesrepublik besonders den  
32 Mitgliedsstaaten der südlichen Peripherie versucht aufzudoktrinieren, führt ins Abseits. Der  
33 Euroraum als Exportziel nimmt maßgeblich ab und auch die Binnennachfrage der EU Partner  
34 wird nachhaltig geschädigt.

35 Um zukünftige Leistungsbilanzdifferenzen aufgrund markanter Unterschiede der  
36 Lohnstückkosten frühzeitig erkennen zu können, braucht die EU ein Wirtschaftspolitisches  
37 Instrumentarium, was mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet ist Recherchen  
38 durchzuführen, Analysen zusammen zu stellen und (vorerst!) unverbindliche Empfehlungen an  
39 Ministerrat und Kommission weiter zu geben.

40 Nur eine koordinierte europäische Wirtschaftspolitik wird in der Lage sein, Europa als  
41 Wirtschaftsraum stark und stabil zu machen.  
42

43  
44 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
45 Weitergeleitet an:  
46

---

1 Antrag: C13  
2  
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag  
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
8

### 9 Einführung eines einheitlichen europäischen Wahlrechts

10  
11 Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag und dem Europäischen Parlament  
12 werden aufgefordert, sich für ein einheitliches europäisches Wahlrecht einzusetzen. Um die  
13 Zersplitterung des Europäischen Parlaments zu minimieren, soll das Wahlrecht eine  
14 Prozenzhürde beinhalten.  
15

#### 16 Begründung:

17  
18 Während das aktive Wahlrecht zur Europawahl 2009, abgesehen von Österreich (16 Jahre), bei  
19 18 Jahren lag, variierte das passive Wahlrecht in den einzelnen Mitgliedsstaaten von 18 bis 25  
20 Jahren. Ebenso gibt es keine einheitliche Regelung bezüglich der Existenz oder der Höhe einer  
21 Prozenzhürde.  
22

23 Gemäß Artikel 223 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) hat das  
24 Europäische Parlament einen Entwurf der erforderlichen Bestimmungen für die allgemeine  
25 unmittelbare Wahl seiner Mitglieder nach einem einheitlichen Verfahren in allen  
26 Mitgliedstaaten oder nach im Einklang mit allen Mitgliedstaaten gemeinsamen Grundsätzen  
27 zu erstellen.  
28

29  
30 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
31 Weitergeleitet an:

---

32  
33 Antrag: C14  
34  
35 Antragssteller: Jusos Harz und Jusos Jerichower Land  
36  
37 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Fraktion im Landtag  
38

39 Der nächste SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
40

### 41 Image des Landes verbessern - "Imagekampagne" "Wir stehen früher auf" abschaffen

42  
43 Wir fordern die Landesregierung auf, die Imagekampagne "Wir stehen früher auf" unverzüglich  
44 zu beenden, um einen noch größeren Imageschaden des Landes zu verhindern.  
45

#### 46 Begründung:

47  
48 Ist es nicht schon traurig genug, dass tagtäglich tausende Pendler zu früher Stunde auf den  
49 Beinen sind um ihre Arbeitsplätze per Bahn, Bus und Auto zu erreichen? Bedarf es dazu noch  
50 einer millionen Euro teuren Kampagne?  
51

52  
53 Während man in Baden-Württemberg alles kann außer Hochdeutsch, so verhält es sich im Land  
54 Sachsen-Anhalt offensichtlich andersherum. Hier kann man scheinbar nichts anderes als früher  
55 aufstehen.  
56

1 Es ist wohl kaum förderlich sich mit seinen Schwächen zu brüsten und bundesweit hausieren  
2 zu gehen. Man sollte weniger die Blüte des Problems beschönigen als lieber die Wurzel  
3 anpacken und neue Arbeitsplätze schaffen. Dies würde nicht nur stressfreiere Autobahnen und  
4 Arbeitnehmer hervorbringen, sondern auch den spritpreis gepeinigten Geldbeutel der  
5 Erwerbstätigen schonen.

6  
7 Dieser Slogan gehört abgeschafft und soll durch ein handfestes Image ersetzt werden!  
8  
9

10 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
11 Weitergeleitet an:

---

12 Antrag: C15

13 Antragssteller: Jusos Harz und Jusos Jerichower Land

14  
15 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag; SPD  
16 Bundestagsfraktion;  
17  
18

19  
20 Der nächste SPD-Landesparteitag möge beschließen:  
21

### 22 **Echtes Netz bzw. Netzneutralität sicherstellen**

23

24 Wir fordern, dass die neutrale Übermittlung von Daten im Internet, das bedeutet eine  
25 gleichberechtigte Übertragung aller Datenpakete unabhängig davon, woher diese stammen,  
26 welchen Inhalt sie haben oder welche Anwendungen die Pakete generiert haben, gesetzlich  
27 festgeschrieben wird.  
28

### 29 **Begründung:**

30  
31  
32 Das Thema Netzneutralität gehört derzeit zu einem der bedeutendsten und gleichzeitig zu  
33 einem der am wenigsten beachteten Themen der Politik. Während viele Netzbetreiber schon  
34 Nägel mit Köpfen machen und das Prinzip eines freien und barrierefreien Internets in Frage  
35 stellen, sieht der Gesetzgeber weiterhin tatenlos zu.  
36

37 Die Gewährleistung der Netzneutralität ist insbesondere aus folgenden Gründen unabdingbar:  
38

39 Erst durch eine Gleichbehandlung aller Datenpakete wird das Recht auf Informations- und  
40 Meinungsfreiheit im Internet gewährt. Es darf nicht akzeptiert werden, dass die großen  
41 Netzbetreiber entscheiden können, wer was zu welchem Zeitpunkt im Internet zu sehen  
42 bekommt.  
43

44 Die Verbreitung von freiem Wissen, Demokratie und Teilhabe wird erst durch Netzneutralität  
45 gewährleistet. Projekte wie Wikipedia oder unabhängige Blogs müssen denselben Zugang zum  
46 Netz bekommen, wie große Medienkonzerne. Andernfalls würde im Internet nur noch gehört,  
47 wer genug Geld hat, um für die schnelle Verbreitung seiner Meinung zu zahlen.  
48

49 Ohne eine neutrale Übermittlung von Datenpaketen würde Überwachung zum Alltag eines  
50 jeden Internetnutzers. Schließlich müssen Anbieter in jedes Datenpaket hineinschauen, wenn  
51 sie diese unterschiedlich behandeln wollen. Damit würden die Provider jede Website, jede E-  
52 Mail und jede Chat-Nachricht mitlesen.  
53

54 Netzneutralität zwingt die Netzbetreiber zu Investitionen in moderne Netzinfrastruktur, weil  
55 sie nur so Engpässe beseitigen können. Ohne Netzneutralität  
56 werden Engpässe bei veralteter Infrastruktur einfach durch das Ausbremsen



1 einzelner Dienste beseitigt und Investitionen aufgeschoben.

2  
3 Aus diesen und noch zahlreichen anderen Gründen muss der Gesetzgeber aktiv werden und  
4 das Internet vor den monetären Interessen der Netzbetreiber schützen.

5  
6  
7  
8 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
9 Weitergeleitet an:

---

10  
11 Antrag: C16

12  
13 Antragssteller: Jusos Harz

14  
15 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag; SPD  
16 Bundestagsfraktion

17  
18 Der nächste SPD-Landesparteitag möge beschließen:

19  
20 **Leistungsschutzrecht abschaffen**

21  
22 Wir sprechen uns gegen das von der Schwarz-Gelben Bundesregierung beschlossene  
23 "Leistungsschutzrecht für Presseverlage" aus und fordern die SPD auf, dieses Gesetz  
24 schnellstmöglich wieder außer Kraft zu setzen.

25  
26  
27 **Begründung:**

28  
29 Erfolgt mündlich.

30  
31  
32  
33  
34  
35 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
36 Weitergeleitet an:

---

37  
38 Antrag: C17

39  
40 Antragssteller: Jusos Harz

41  
42 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag

43  
44 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

45  
46 **Klare Trennung zwischen Feiertag und Samstag bzw. Sonntag**

47  
48 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, dass zukünftig Feiertage, die auf einen Samstag  
49 oder Sonntag fallen, auf den darauffolgenden Montag verschoben werden.

50  
51  
52 **Begründung:**

53  
54 Unter einem Feiertag wird allgemein ein im Kalender herausgehobener, jährlich  
55 wiederkehrender Tag verstanden, der sowohl religiösen Ursprung als auch weltlichen  
56 Charakter haben kann. Dies ist gewöhnlich ein arbeitsfreier Tag mit besonderer Feiertagsruhe.



1 Antrag: C19  
2  
3 Antragssteller: Jusos Stendal  
4  
5 Weiterleitung an: SPD Stadtparteitag Magdeburg/Stadtrat Magdeburg  
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
8

### 9 Würdigung Erich Ollenhauers

10 Die Moldenstraße im Magdeburger Stadtteil Alte Neustadt möge in Erich-Ollenhauer-Straße  
11 umbenannt werden.  
12  
13

### 14 Begründung:

15  
16 Erich Ollenhauer war von 1952 bis 1963 Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag  
17 und ebenfalls von 1952 bis 1963 Bundesparteiivorsitzender der Sozialdemokratischen Partei  
18 Deutschlands. Neben der Kanzlerkandidatur 1953 und 1957 wurde, unter Ollenhauer als  
19 Parteichef 1959 das Godesberger Programm der SPD geschrieben. Er nahm Ende der 40er Jahre  
20 an den Beratungen Parlamentarischen Rates teil. Seit 1921 war er Sekretär der Sozialistischen  
21 Jugend-Internationalen und 1928 bis 1933 Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend. Seit  
22 1919 war er Mitarbeiter der sozialdemokratischen Zeitung *Magdeburger Volksstimme*.

23 Viele Städte in den alten Bundesländern ehren Ollenhauer bereits mit einer Straße. Neben  
24 kleineren Städten auch Köln, Wolfsburg, Bonn, Berlin, Bremen, München, Wiesbaden,  
25 Düsseldorf und Leverkusen.  
26

27 In der Moldenstraße stand Erich Ollenhauers Geburtshaus.  
28  
29  
30

31 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
32 Weitergeleitet an:

---

33  
34 Antrag: C20  
35  
36 Antragssteller: Jusos Stendal  
37  
38 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion  
39

40 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
41

### 42 Verkleinerung des Landtages

43 Der Landtag soll zur nächsten Landtagswahl auf eine Größe von 75 Abgeordnete, bei  
44 gleichzeitiger Verringerung der Wahlkreise, reduziert werden. Darüber hinaus soll der Landtag  
45 mit zurückgehender Bevölkerung die Anzahl seiner Mitglieder automatisch reduziert, sodass  
46 die Anzahl der Einwohner pro Landtagsabgeordneten, grundsätzlich bei 30.000 Einwohnern  
47 liegt.  
48  
49

### 50 Begründung:

51  
52 Zur Landtagswahl 1990 lag die Einwohnerzahl Sachsen-Anhalts bei 2 856 051, die gesetzliche  
53 Anzahl der Landtagsabgeordneten bei 99. Rechnerisch entspricht dies einer Zahl von knapp  
54 29.000 Einwohner pro MdL. In Zeiten von Schulschließungen, Kürzungen der Mittel für  
55 Hochschulen, auslaufender Ostförderung einem zurückgehendem Landeshaushalt und einer  
56

1 zurückgehender Zahl an Landeskindern, ist es nicht vermittelbar, dass sich die gesetzliche  
2 Anzahl der Landtagsabgeordneten seit 1990 nur moderat verringert hat. De facto hat sich die  
3 Anzahl der Abgeordneten jedoch zwischen 1990 (106) und 2011 (105) konstant. Die  
4 Landtagsabgeordneten sollten daher mit gutem Beispiel vorangehen und auch die eigene  
5 Größe verringern.  
6  
7  
8

9 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

10 Weitergeleitet an:

---

11  
12 Antrag: C21

13  
14 Antragssteller: Jusos Stendal

15  
16 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

17  
18 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

### 19 20 Vereinheitlichung von Kommunalwahlen

21  
22 Der Landtag streiche aus dem Kommunalwahlgesetz für das Land Sachsen-Anhalt § 5 Absatz 2  
23 Satz 2: „Den Wahltag und die Wahlzeit für die Wahl des Bürgermeisters und des Landrates  
24 bestimmt die Vertretung.“

25 Der Landtag ersetze außerdem in der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt im § 58  
26 Absatz 1 Satz 1 „Der Bürgermeister wird in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und  
27 geheimer Wahl von den wahlberechtigten Bürgern auf die Dauer von sieben Jahren gewählt.“

28 Sowie aus der Landkreisordnung für das Land Sachsen-Anhalt § 47 Absatz 1 Satz 1 „Der Landrat  
29 wird in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den  
30 wahlberechtigten Bürgern auf die Dauer von sieben Jahren gewählt.“ Jeweils die Zahl sieben  
31 gegen die Zahl fünf.

32 Des weiteren möge der Landtag die Möglichkeit schaffen, bei vorzeitigem Ausscheiden eines  
33 Bürgermeisters oder Landrates oder einer Bürgermeisterin oder Landrätin, das das jeweilige  
34 Parlament der Gebietskörperschaft für die Amtszeit bis zur nächsten Wahl, einen Vertreter  
35 benennt.  
36

### 37 38 Begründung:

39  
40 Ständig finden im Bundesland Sachsen-Anhalt Wahlen mit zum Teil verehrenden  
41 Wahlbeteiligungen statt. Die Vergangenheit zeigt, dass es bei gleichzeitig abgehalten Wahlen  
42 die Wahlbeteiligung steigt. Die Wahlmüdigkeit der Bürger wird sich verringern und die  
43 Parteien weniger durch den Dauerwahlkampf belastet.  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54

55 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

56 Weitergeleitet an:

---

1 Antrag: C22  
2  
3 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag; SPD-Landtagsfraktion  
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
8

9 **Die Reform des Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die**  
10 **kommende Legislaturperiode vorbereiten**  
11

12 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, rechtzeitig vor der Beratung über ein  
13 Wahlprogramm für die kommende Legislaturperiode in geeigneter Weise das Sicherheits- und  
14 Ordnungsgesetz (SOG) zu evaluieren und geeignete Punkte zu dessen Reform bereits ins  
15 Landtagswahlprogramm aufzunehmen. Dabei sind insbesondere externe Expertinnen und  
16 Experten hinzuziehen.

17 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, den SPD-Landesvorstand mit den ihr zur  
18 Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.  
19

20 Als zentrale und verbindliche Etappen sind anzusehen:  
21

- 22 - die Untersuchung der konkreten Relevanz und Wirksamkeit der so genannten
- 23 „Zwangstests“ beim Verdacht auf Infektionskrankheiten;
- 24 - die Erarbeitung einer Definition für die „Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des
- 25 Bundes oder eines Landes“ (hinsichtlich der Unterbrechung von
- 26 Kommunikationsverbindungen / Präventiv-Abschaltung von Mobilfunkzellen);
- 27 - die Prüfung der Fallzahlen und polizeilich relevanten Ergebnisse aus der Videoaufzeichnung
- 28 von Polizeikontrollen.  
29  
30

31 **Begründung:**  
32

33 Die Debatten über das Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) im Winter 2012/2013 haben  
34 insbesondere in der SPD Spuren hinterlassen. Durch unsere Bindung an unser eigenes, in  
35 einigen Punkten also schon längst überholtes Wahlprogramm und den Koalitionsvertrag mit  
36 der CDU hat die SPD am 20. Februar Aspekte mitbeschlossen, die mit Recht öffentlicher Kritik  
37 ausgesetzt waren und auch nicht mehr dem neuesten Kenntnisstand entsprachen.  
38

39 Angehörige so genannter Risikogruppen, zivilgesellschaftlich Engagierte, Demonstrierende und  
40 viele andere mehr hatten während der (zum Teil sicher auch hysterisch geführten) Debatten  
41 vielfach den Eindruck, die Landesregierung bewege sich innerhalb der Grenzen einer sehr  
42 schlichten Law&Order-Ideologie. Diese Eindrücke gilt es in möglichst naher Zukunft durch  
43 präzise Formulierungen und konkrete Einzelfallregelungen zumindest abzumildern, sofern  
44 Gerichte dies nicht ohnehin vorschreiben. Der SPD-Landesvorstand ist angehalten, diesen  
45 Prozess federführend zu unterstützen.  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54

55 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
56 Weitergeleitet an:  
57

1 Antrag: C23  
2  
3 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;  
6 SPD-Landtagsfraktion  
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
9

### 10 **Verschlinkung der Landesverwaltung auf Ministeriumsebene prüfen**

11  
12 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, prüfen zu lassen, inwieweit sich signifikante  
13 Einspareffekte auf der Ebene der Ministerien in Sachsen-Anhalt erzielen lassen, ohne die  
14 Bewältigung der Aufgaben zu gefährden. Folgende Bereiche sollen dabei insbesondere auf den  
15 Prüfstand kommen: die Anzahl der Ministerien, die Anzahl der Staatssekretäre, die  
16 Staatskanzlei.  
17

#### 18 **Begründung:**

19  
20  
21 Laut einer Analyse des Finanzministeriums gibt Sachsen-Anhalt zu viel für die öffentliche  
22 Verwaltung aus. So wird der Finanzminister folgendermaßen von der Mitteldeutschen Zeitung  
23 am 19. März 2013 zitiert: „Verschuldung und Zinslast sind [...] Ergebnis überdurchschnittlich  
24 kostenintensiver Strukturen im Land und damit ausschließlich hausgemacht“. Zu diesem  
25 Schluss kommt das Finanzministerium auf der Basis von Ländervergleichen. Dabei wurde aber  
26 nicht berücksichtigt, dass ein reiner Vergleich der Strukturen bei gleichzeitiger  
27 Vernachlässigung der von diesen Strukturen zu bewältigenden Problemen kein sinnvoller  
28 Vergleich ist. Pauschal ist der Schlussfolgerung des Ministeriums, man müsse weiter Personal  
29 im großen Stil abbauen, so nicht zuzustimmen. Insbesondere im Bildungsbereich ist, im  
30 Gegenteil, ein Personalaufwuchs politisch geboten, um die im Land bestehenden  
31 Herausforderungen bewältigen zu können. Dennoch ist in einem Land mit bald nur noch zwei  
32 Millionen Einwohnern regelmäßig die Größe der Landesverwaltung zu hinterfragen und seriös  
33 zu überprüfen. Es wird deshalb vorgeschlagen, auf der Ebene der Ministeriumsstruktur damit  
34 zu beginnen.  
35

36  
37 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
38 Weitergeleitet an:

---

39  
40  
41 Antrag: C24  
42  
43 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)  
44  
45 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt; SPD-Landesparteitag  
46 zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-  
47 Anhalt; SPD-Bundesparteitag  
48

49 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
50

### 51 **Einkommensabhängige Gestaltung des Rundfunkbeitrags**

52  
53 Die SPD setzt sich dafür ein, dass der allgemeine Rundfunkbeitrag einkommensabhängig  
54 gestaltet wird.  
55  
56

1 **Begründung:**

2  
3 Mit Wirkung zum 1. Januar 2013 wurde in Deutschland der bisherige  
4 Rundfunkgebührenstaatsvertrag aufgehoben und es gilt ein neuer Vertrag, der  
5 Rundfunkbeitragsstaatsvertrag (RBStV). Damit ersetzt ein Rundfunkbeitrag die früheren  
6 Rundfunkgebühren.

7  
8 Der Unterschied zu einer Gebühr ist, dass ein Beitrag grundsätzlich nicht an die tatsächliche  
9 Inanspruchnahme einer Leistung gebunden ist, sondern es soll allein für die Möglichkeit zur  
10 Inanspruchnahme gezahlt werden.

11  
12 Der Rundfunkbeitrag in Höhe von 17,98 Euro monatlich wird derzeit als Pauschale pro  
13 Wohnung bezahlt, unabhängig davon, wie viele Personen dort leben und ob und wie viele  
14 Rundfunkgeräte vorhanden sind.

15  
16 Wer bestimmte Bedingungen erfüllt, kann sich von der Zahlung des Rundfunkbeitrags befreien  
17 lassen. Zu den Bedingungen zählen derzeit zum Beispiel „wer wenig Geld hat und bestimmte  
18 staatliche Sozialleistungen wie zum Beispiel Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder  
19 Grundsicherung erhält“, oder Empfänger von Ausbildungsförderung ist. Dies schließt jedoch  
20 zahlreiche Bevölkerungsgruppen mit einem geringen oder keinem Einkommen aus der  
21 Befreiung aus.

22  
23 Ein einkommensabhängig ausgestalteter Rundfunkbeitrag hat folgende Vorteile:

- 24  
25 1. Niedriglohneempfänger, sowie prekär Beschäftigte werden entlastet.  
26 2. Eine gerechtere prozentuale Haushaltsbelastung der Individuen/Familien, anstatt der  
27 jetzigen Gebühr, die gleich ist für Reiche und Arme.  
28 3. Entlastung von Menschen ohne eigenes Einkommen oder nur mit einem geringen  
29 Zuverdienst, z.B. Auszubildende oder Studierende.  
30

31 Am Beispiel für Studierende ist die einzige Möglichkeit sich vom Beitrag befreien zu lassen, eine  
32 Bafög-Bescheinigung vorzulegen. Dies ist aber unzureichend, denn dies umfasst:

- 33  
34 1.) Nicht die Studierenden, die kein Bafög bekommen, trotz dessen aber nur in geringem  
35 bis mittlerem Maße von ihren Eltern unterstützt werden können  
36 2.) Nicht die Studierenden, die aufgrund der Regelstudienzeit-Überschreitung kein Bafög-  
37 Nachweis mehr vorlegen können.  
38 3.) Nicht die Studierenden, die anderweitig ihr Studium finanzieren (Arbeit,  
39 Studienkredit/Bildungskredit, Stipendium).  
40

41 Nach neuesten Zeitungsinformationen gilt inzwischen jeder 4. Studierende als arm (Vgl.  
42 Studentenarmut: Nach der Uni zur Tafel, <http://www.zeit.de/studium/uni-leben/2012-11/studentin-armut-tafel>, (07.04.13)).  
43  
44

45 Eine (weitgehende) Befreiung vom Rundfunkbeitrag durch eine einkommensabhängige  
46 Ausgestaltung würde den Großteil der Niedriglohneempfänger, Studierenden und  
47 Auszubildenden finanziell entlasten. Der Beitrag wäre wesentlich gerechter und würde dem  
48 Gedanken der Solidargemeinschaft entsprechen.  
49  
50  
51  
52  
53  
54

55 Abstimmungen:  
56 Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: C25  
2  
3 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;  
6 SPD-Landtagsfraktion  
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
9

10 **Kürzen allein ist noch keine Politik –**  
11 **Die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt muss politisch bestimmt werden!**  
12 **Finanzpolitische Grundsätze für ein Selbstverständnis**  
13 **der SPD Sachsen-Anhalt**  
14

15 Das im europäischen Vergleich wirtschaftlich prosperierende Deutschland hat sich dem  
16 Kürzungsdiktat unterworfen: dem Grundsatz eines „schlanken“ Staates, der nur noch in  
17 wenigen gesellschaftlichen Bereichen aktiv ist und sich mehr und mehr aus der Finanzierung  
18 der Gemeinschaft zurück zieht. Manifester Ausdruck dieser Grundhaltung ist die Verankerung  
19 der Schuldenbremse, die vor allem den Bundesländern und in der Folge den Kommunen  
20 oktroyiert, praktisch nur so viel auszugeben wie eingenommen wird. Dieser Ansatz ist zwar  
21 grundsätzlich begrüßenswert, erweist sich jedoch angesichts der jahrzehntelangen  
22 destruktiven Einnahmen- und Ausgabenpolitik als desaströser Fehlschluss: Die Einnahmen  
23 wurden dem Bedarf nicht angemessen angepasst und können so jene stetig steigenden  
24 Ausgaben, zu denen wir uns als Gesellschaft politisch verpflichtet haben, nicht mehr decken.  
25 Auch wurde ein Schuldenberg, der nur noch theoretisch abbaubar ist, angehäuft. Damit  
26 werden wichtige staatliche und somit gesellschaftliche Investitionen verhindert: Man nehme  
27 allein die Unterfinanzierung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur, in die jährlich bestenfalls  
28 fünf statt der benötigten 13 Milliarden Euro investiert werden oder den Bildungsbereich mit  
29 einer jährlichen Unterfinanzierung von schätzungsweise 56 Milliarden Euro.  
30

31 **Die Schuldenbremse generiert Verschuldung**

32 Verantwortlich für die Kluft zwischen Einnahmen und den eigentlich zu finanzierenden  
33 Aufgaben ist vor allem die aktuelle Steuerpraxis, die durch die Bevorteilung höherer  
34 Einkommen und Vermögen nicht genügend Einnahmen für die Gemeinschaft generiert. In der  
35 Folge werden wichtige Aufgaben nicht erledigt und notwendige Investitionen werden in die  
36 Zukunft verschoben. Bund, Länder und Kommunen leben von der nicht mehr nur  
37 sprichwörtlich bröckelnden Substanz. Somit passiert genau das, was die Schuldenbremse zu  
38 verhindern vorgibt: Die Lasten werden auf die nächsten Generationen übertragen. Statt  
39 Verschuldung nachhaltig zu verhindern, wird das Fundament für eine zukünftige Verschuldung  
40 gelegt.

41 Während die aktuelle Schuldenlast objektiv annähernd exakt anhand des Schuldenstandes zu  
42 beziffern ist, lassen sich negative Folgen aktueller Versäumnisse für die Zukunft ungleich  
43 schwerer darstellen. Meist erfolgt dies über den aktuellen Investitionsstau, der aber nur ein  
44 ungefähres Bild zukünftiger Ausgaben abgeben kann, da er keine Kostensteigerung  
45 berücksichtigt ebenso wenig wie die Verluste durch die Verwahrlosung öffentlichen  
46 Eigentums. Solche Kosten werden also dann erst offenbar, wenn die aktuell politisch  
47 Handelnden nicht mehr im Amt sind, weshalb es politisch bequemer – wenngleich  
48 anspruchloser – ist, sich am aktuellen Schuldenstand zu orientieren.

49 Negative Sekundärfolgen, die sich aus der mangelhaften Finanzierung der Gemeinschaft  
50 ergeben, lassen sich ungleich schwerer abschätzen, als es bei den Primärfolgen des  
51 allgegenwärtigen Investitionsstaus ohnehin der Fall ist: Der Schaden an einem Gebäude oder  
52 einer Straße lässt sich leicht beziffern, während die immer zahlreicher auftretenden Schäden  
53 an den Lebensläufen der Bevölkerung menschlich wie ökonomisch kaum zu erfassen sind:  
54 Psychische sowie psychosomatische Erkrankungen als Folgen des Leistungsdrucks im  
55 schulischen wie beruflichen Bereich nehmen stetig zu. Falsche Weichenstellungen, soziale  
56 Selektion und Kostendruck im Bildungswesen produzieren alljährlich eine enorme Zahl von



1 gescheiterten Bildungskarrieren und vernichten somit wichtiges Potenzial. Dahinter stehen  
2 Menschen, die keinen Zugang mehr zum Arbeitsmarkt finden und somit zur Unterstützung der  
3 Gemeinschaft nicht zur Verfügung stehen.  
4

#### 5 **Politik braucht inhaltliche Zielsetzungen**

6 Vor diesem Hintergrund fordern wir eine verantwortungsvolle, gemeinwohlorientierte Politik,  
7 die nicht nur einen aktuell ausgeglichenen Haushalt in den Mittelpunkt allen politischen  
8 Handelns stellt, sondern die Bewahrung der Gemeinschaft und ihrer Güter über die folgenden  
9 Legislaturperioden hinaus sowie die fortlaufende Anpassung unserer Organisation des  
10 Zusammenlebens an die gesellschaftliche Entwicklung. Politische Ziele müssen somit  
11 insbesondere inhaltlich definiert und mitnichten allein am Stand der Schulden ausgerichtet  
12 werden. Das Land Sachsen-Anhalt braucht unseres Erachtens eine klare Vorstellung von seiner  
13 eigenen Zukunft. Dafür bedarf es wohlformulierter, überprüfbarer politischer Zielsetzungen,  
14 anhand derer politisches Handeln zur Umsetzung dieser Ziele abzuleiten ist.

15 Die wirtschaftlich-historisch bedingte starke Zersiedelung und das reichhaltige kulturelle Erbe  
16 sind Reichtum wie Last für den stetig schrumpfenden Haushalt von Sachsen-Anhalt. Solange  
17 auf der Bundesebene keine Entscheidungen zur besseren finanziellen Ausstattung der Länder  
18 getroffen werden, bleibt dem Land nur eine Schwerpunktsetzung, um sich eine minimale  
19 politische Handlungsfähigkeit zu erhalten und das Land auf absehbare Zeit überlebensfähig zu  
20 halten.  
21

#### 22 **Unsere politischen Schwerpunkte sind:**

23  
24 **Bildungs- und Familienpolitik.** Sachsen-Anhalt gehört zu jenen Bundesländern, die mit großen  
25 sozialen Verwerfungen zu kämpfen haben. Überdurchschnittlich viele Kinder wachsen hier in  
26 Familien auf, die nicht allein für ihren Lebensunterhalt aufkommen können, viele von ihnen  
27 bereits in zweiter und dritter Generation. Eine politische Schlussfolgerung sollte demzufolge  
28 sein, dass im Bildungswesen – also jener Struktur, die Menschen aus der sozialen  
29 Benachteiligung herausholen soll – überdurchschnittlich viel Geld ausgegeben werden muss,  
30 um dieser Schieflage mittelfristig entgegenwirken zu können. Prävention über Bildung ist hier  
31 unsere Devise! Das fängt in der Kindertagesstätte an und hört bei Berufsausbildung und  
32 Hochschulen auf.

33 Weitere einschneidende Kürzungen kommen für uns insbesondere im Hochschulbereich nicht  
34 infrage. Denn selbst bei vorsichtigen Hochrechnungen kann man hier von einer Minderung der  
35 Wertschöpfung im hohen dreistelligen Millionenbereich ausgehen. Dies würde unweigerlich  
36 sowohl zu massiven steuerlichen Mindereinnahmen, als auch zu einer Belastung der  
37 Sozialversicherungssysteme führen. Hier spielen auch absehbare wirtschaftliche Schäden für  
38 Einzelhandel, ÖPNV, Daseinsvorsorgebetriebe etc. mit hinein. Äußerst kurzfristige  
39 Konsolidierungseffekte dürften somit schon bald durch Einbrüche bei den Einnahmen des  
40 Landes konterkariert werden. Das Ziel der Haushaltskonsolidierung lässt sich damit nach  
41 unserem Verständnis nicht erreichen.

42 Sachsen-Anhalt ist schon jetzt ein guter Ausbildungsort für viele junge Menschen aus ganz  
43 Deutschland und der Welt. Dies ist ein enormer Schatz. Nicht nur weil junge Menschen in ein  
44 ansonsten von der demografischen Entwicklung benachteiligtes Land frischen Wind  
45 mitbringen, sondern weil sie hier leben, kreatives Potenzial entwickeln, Ideen und Produkte für  
46 morgen kreieren. Nicht zuletzt sind sie auch – das wurde mittlerweile vielfach belegt – ein  
47 enormer, nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor.

48 **Nachhaltige, umweltgerechte Wirtschaftspolitik.** Bei allem Fortschritt der letzten Jahre ist  
49 Sachsen-Anhalt immer noch ein wirtschaftlich unterentwickeltes Land, wenngleich es  
50 gelungen ist, einige zukunftsfähige Industriezweige zu etablieren, die es weiter zu stärken gilt.  
51 So ist Sachsen-Anhalt trotz der Rückschläge in der Solar-Branche ein Land der erneuerbaren  
52 Energien. Gelingt es Sachsen-Anhalt, Bildung als wesentlichen Standortfaktor zu begreifen, die  
53 Bedingungen dafür zu verbessern und die schlaue Köpfe nach Sachsen-Anhalt zu holen und  
54 durch entsprechende Forschungs- Technologie-, Förder- und Standortpolitik auch Ergebnisse  
55 dieser Forschung, beispielsweise neue Produkte und Produktionsweisen im Land zur

1 Anwendung zu bringen, dann gibt es gute Aussichten, den Bevölkerungsschwund zu stoppen  
2 und wieder Zuwächse zu verzeichnen.

3 Die bestehenden Forschungseinrichtungen leisten bereits gute Arbeit, aber insbesondere bei  
4 der Etablierung bzw. industriellen Anwendung von Forschungsergebnissen gibt es noch großes  
5 Potential. Da in Sachsen-Anhalt keine Großunternehmen oder kaum größere mittelständische  
6 Unternehmen ihren Sitz oder ihre Forschungseinrichtungen haben, fehlt insbesondere das  
7 Kapital um Forschungsergebnisse der industriellen Nutzung zuzuführen. Aber genau diese  
8 Erschließung von Technologien kann einen langfristigen und erfolgreichen Beitrag zur  
9 Industrialisierung Sachsen-Anhalts leisten. Daher ist das Land gut beraten, in die Förderung  
10 von Forschung und insbesondere in die Implementierung von Technologien zu investieren. Der  
11 Wandel wird jedoch nur dann eintreten, wenn Sachsen-Anhalt seinen Status als  
12 Niedriglohnland mit vielen prekären Beschäftigungsverhältnissen überwindet. Ohne gut  
13 bezahlte Arbeitsplätze, von denen Menschen, insbesondere Familien leben können, wird sich  
14 die demografische wie soziale Abwärtsspirale weiter drehen.

15 **Starke Zentren für ein starkes Land.** Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland mit großen Gebieten  
16 mit geringer Bevölkerungsdichte. Es ist bereits jetzt überdurchschnittlich stark vom in den  
17 meisten Industriestaaten zu beobachtenden Bevölkerungsrückgang betroffen und von der  
18 Überalterung der Bevölkerung bedroht. Wie wir das Land heute kennen, wird es in 50 Jahren  
19 nicht mehr sein. Ländliche Regionen werden noch weniger besiedelt sein, die Bevölkerung wird  
20 sich stärker auf die Zentren konzentrieren. Dies gilt es bereits in der heutigen Politik zu  
21 berücksichtigen. Ganz unaufgeregt müssen wir hier Antworten auf die Fragen finden, die der  
22 Bevölkerungsschwund für unser Land mit sich bringt. Ein „weiter so“ ist jetzt schon nicht mehr  
23 möglich, doch Alternativen gibt es viele. Doch alle bisherigen Szenarien weisen auf einen  
24 Kernpunkt hin, den diese Alternativen berücksichtigen müssen: Nur die Zentren haben noch  
25 die Kraft, das Land auf Dauer und mit Nachdruck zu stärken. Sie müssen deshalb gemeinsam  
26 mit den sie umgebenden Kernregionen bevorzugt und besonders gefördert werden.

27

#### 28 Druck auf Bundesebene für eine bessere Steuerpolitik:

29

30 Wollen wir für die Politik in unserem Land und unseren Kommunen mehr Spielräume erhalten,  
31 so muss die Steuerpolitik auf Bundesebene geändert werden. Wir brauchen eine Reform der  
32 Länder- und Kommunal Finanzen. In unserem föderalen System haben die Bundesländer  
33 ausreichend Möglichkeiten für entsprechende Gesetzesinitiativen auf Bundesebene. Daher ist  
34 die Landesregierung in der Pflicht, hier aktiv zu werden.

35 Ein wesentliches Mittel, die Gesellschaft und die Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen  
36 Aufgaben zu stärken, ist die Herstellung von Steuergerechtigkeit und somit die stärkere  
37 Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen. Die Beendigung der unterschiedlichen  
38 Besteuerung von Lohn- und Kapitaleinkünften ist hier nur ein Beispiel. Weiterhin ist es  
39 unabdingbar, dass die Möglichkeiten der Steuervermeidung und -verringerung minimiert  
40 werden. Hier gibt es noch ausreichend Möglichkeiten, die der Gesetzgeber bislang nicht  
41 ausgeschöpft hat. Die Angliederung der Steuerfahndung an die Bundesebene wäre ein erster  
42 wichtiger Schritt.

43 Die Änderung der Steuerpolitik muss vor allem den Kommunen zugute kommen, denn hier  
44 merken die BürgerInnen zuallererst die dramatische Unterfinanzierung öffentlicher  
45 Gemeinschaftsausgaben, sei es bei der kommunalen Infrastruktur (insbesondere im  
46 Verkehrswesen und im Bildungsbereich) oder beim schleichenden Abbau über Jahrhunderte  
47 aufgebauter kultureller Errungenschaften. Die kommunalen Räte verkommen so immer mehr  
48 zu reinen Kürzungsgremien mit immer kleineren Gestaltungsspielräumen. Dies unterhöhlt  
49 unsere Demokratie.

50 Da das Land hier nicht allein entscheiden kann, sondern nur in Zusammenarbeit mit den  
51 anderen Bundesländern und idealerweise unterstützt durch den Bundestag, wird dieser Weg  
52 Zeit brauchen. Zeit, die das Land bei vielen aktuell anstehenden Problemen kaum noch hat.  
53 Gerade deshalb müssen alle finanzpolitischen Entscheidungen jetzt behutsam getroffen  
54 werden, das heißt mit Blick darauf, welche mittel- und langfristigen Folgen sie mit sich bringen.

55

#### 56 Wir stellen an diese und künftige Landesregierungen folgende Ansprüche:

- 1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15
- Finanzpolitik an den politischen Zielstellungen auszurichten, und nicht ausschließlich an vermeintlichen fiskalischen Kürzungszwängen. Kürzungen mit der „Rasenmäher-Methode“ sind demnach auszuschließen;
  - in diesem Zusammenhang alle geplanten Kürzungen daraufhin zu evaluieren, inwiefern sie tatsächlich zu längerfristigen positiven Haushaltseffekten führen und nicht den Weg für weitere Einnahmerückgänge durch Folgeprobleme bereiten;
  - alle fiskalischen Spielräume zu nutzen, um Kürzungen in Bereichen, die für die zukünftige Stärke des Landes unabdingbar sind, so gering wie möglich zu halten;
  - eine Initiative auf Bundesebene zur Verbesserung der Einnahmesituation von Ländern und Kommunen durch eine veränderte Steuerpolitik zu starten;
  - und die trotz der Schuldenbremse bestehende Möglichkeit der Kreditaufnahme zu nutzen, bis die Initiative zur Verbesserung der Einnahmesituation von Ländern und Kommunen greift.

---

16 **Anlagen:**

- 17 - **Zur Kritik an der schwindenden Finanzierungsbasis des Staates:**  
18 „Untersuchungen haben vielfach gezeigt, daß der Erfolg von Steuererhebungen als  
19 Finanzierungsbasis für öffentliche Dienste nicht nur vom administrativen  
20 Durchsetzungspotential abhängt, sondern viel stärker von der Legitimationsbasis des Staates  
21 selbst [...]. Verfügt der Staat nicht über die Fähigkeit, seine öffentlichen Dienste qualitativ  
22 anzubieten, verringert sich die Bereitschaft auf Besteuerung, worauf wiederum erst die  
23 finanzielle Basis und dann die Qualität der öffentlichen Leistung abnimmt. Dieser Circulus  
24 vitiosus ist in vielen Transformationsländern die Ursache für die Verlotterung staatlicher  
25 Gesundheits- und Bildungssysteme sowie die Privatisierung öffentlicher Dienste, die  
26 letztendlich zur Quelle sozialer Ungleichheit werden.“ (Burchardt, Hans Jürgen 2004,  
27 Zeitenwende. Politik nach dem Neoliberalismus, Stuttgart, Seite 187f).
- 28 - **Investitionsstau Verkehrsinfrastruktur:**  
29 [http://www.promobilitaet.de/themen-positionen-forderungen/verkehrsinfrastruktur-in-](http://www.promobilitaet.de/themen-positionen-forderungen/verkehrsinfrastruktur-in-deutschland-bedarf-und-finanzierung/verkehrsinfrastruktur-kommunale-strassen-und-landesstrassen/investitionsstau-bei-kommunalen-verkehrswegen)  
30 [deutschland-bedarf-und-finanzierung/verkehrsinfrastruktur-kommunale-strassen-und-](http://www.promobilitaet.de/themen-positionen-forderungen/verkehrsinfrastruktur-in-deutschland-bedarf-und-finanzierung/verkehrsinfrastruktur-kommunale-strassen-und-landesstrassen/investitionsstau-bei-kommunalen-verkehrswegen)  
31 [landesstrassen/investitionsstau-bei-kommunalen-verkehrswegen](http://www.promobilitaet.de/themen-positionen-forderungen/verkehrsinfrastruktur-in-deutschland-bedarf-und-finanzierung/verkehrsinfrastruktur-kommunale-strassen-und-landesstrassen/investitionsstau-bei-kommunalen-verkehrswegen)  
32 zuletzt abgerufen am 21.04.2013
- 33 - **Unterfinanzierung Bildungssystem:**  
34 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: Bildungsfinanzierung für das 21. Jahrhundert.  
35 Finanzierungsbedarf der Bundesländer zur Umsetzung eines zukunftsfähigen  
36 Bildungssystems, Frankfurt a. M. 2011 S. 114.
- 37 - **Wertschöpfungsminderung durch Kürzungen im Hochschulbereich:**  
38 Nach Friedrich/Rahmig (2013) „Die Universität Halle als hochrangiger regionaler  
39 Wirtschaftsfaktor“ verausgaben die Universität (inkl. Medizin), die Studierenden und das  
40 Studentenwerk 506 Mio € (S. 34). Weiterhin sorgen sie für ein zusätzliches induziertes  
41 Einkommen von 198 Mio € (S.36). Damit sorgt die Universität für direkte und indirekte  
42 Ausgaben in Höhe von 704 Mio €. Diese Summen würden bei knapp 20.000 Studierenden  
43 erreicht.
- 44 - **Sachsen-Anhalt als Niedriglohnland:**  
45 [http://www.focus.de/finanzen/karriere/die-einkommens-tabelle-wo-in-deutschland-die-](http://www.focus.de/finanzen/karriere/die-einkommens-tabelle-wo-in-deutschland-die-loehne-am-hoechsten-sind_aid_738960.html)  
46 [loehne-am-hoechsten-sind\\_aid\\_738960.html](http://www.focus.de/finanzen/karriere/die-einkommens-tabelle-wo-in-deutschland-die-loehne-am-hoechsten-sind_aid_738960.html)  
47 zuletzt abgerufen am 21.04.2013
- 48 - **Oberzentren und deren Regionen als Zugtiere:**  
49 z.B. Nationalatlas des Leibniz-Instituts für Länderkunde 2/2008. Ruummuster der  
50 Bevölkerungsentwicklung 2000-2008: Wachstumsregionen haben Großstädte als  
51 Ankerpunkt und das Umland profitiert davon. Selbst Mittel- und Kleinstädte besäßen nicht  
52 mehr genügend Anziehungskraft um den Negativtrend zu stoppen.  
53

1 Antrag: C26  
2  
3 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-  
6 Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt  
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
9

10 **Stärkung des Verbraucherschutzes:**  
11 **Versteckte tierische Verarbeitungshilfsstoffe und tierische Zusatzstoffe in Lebensmitteln**  
12 **kennzeichnen und lebensmittelrechtliche Definition von Vegetarismus und Veganismus.**  
13

14 Die SPD setzt sich dafür ein, dass:

- 15  
16 1. eine lebensmittelrechtliche Definition von Vegetarismus und Veganismus festgeschrieben  
17 wird;  
18 2. versteckte tierische Verarbeitungshilfsstoffe und tierische Zusatzstoffe in Lebensmitteln  
19 auf Verpackungen eindeutig gekennzeichnet werden.  
20

21  
22 **Begründung:**  
23

24 „Ob sich Verbraucher vegetarisch oder vegan ernähren wollen, aus religiösen Gründen auf  
25 Schweine-Produkte verzichten wollen oder einfach durch bewusste Kaufentscheidungen nur  
26 bestimmte Formen der Tierhaltung unterstützen wollen: Eine Gesetzeslücke schränkt die  
27 Wahlfreiheit erheblich ein. Ohne dass sie es merken, werden den Konsumenten Gelatine oder  
28 Milchzucker untergejubelt – deklariert werden müssen die tierischen Zusätze nicht“  
29 ([https://www.foodwatch.org/de/informieren/versteckte-tiere/mehr-zum-](https://www.foodwatch.org/de/informieren/versteckte-tiere/mehr-zum-thema/hintergrund/)  
30 [thema/hintergrund/](https://www.foodwatch.org/de/informieren/versteckte-tiere/mehr-zum-thema/hintergrund/), (abgerufen am 15.04.2013)).  
31

32 Denn die Angaben auf der Verpackung verraten nicht alles. In vielen Lebensmitteln verstecken  
33 sich tierische Bestandteile oder Tierprodukte. Beispiele hierfür sind u.a. Milchzucker in rein  
34 pflanzlicher Schokolade, Gelatine im Saft, L-Cystein (gewonnen aus Schweineborsten oder  
35 Federn) in Backwaren oder auch nicht gekennzeichnete Speck in Tomatensuppe (Maggi) (Vgl.  
36 ebd.).  
37

38 Dies kommt somit unter anderem daher, dass diese Dinge nicht in der Zutatenliste auftauchen  
39 müssen und selbst die Begriffe „vegetarisch“ oder „vegan“ keine Verlässlichkeit bieten. Sie sind  
40 lebensmittelrechtlich nicht definiert. Dementsprechend ist eine stärkere Transparenz  
41 unerlässlich, damit der Verbraucherschutz effektiver werden kann.  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54

55 Abstimmungen:  
56 Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: C27  
2  
3 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;  
6 SPD-Landtagsfraktion  
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
9

10 **Abschaffung des erhöhten Schutzes für bestimmte Feiertage**  
11 **(§ 5 Feiertagsgesetz LSA)**  
12

13 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Streichung des § 5 des  
14 Feiertagsgesetzes LSA einzusetzen.  
15

16  
17 **Begründung:**  
18

19 Ein sog. „erhöhter Schutz“ an Feiertagen gilt in Sachsen-Anhalt für: Karfreitag (ganztägig),  
20 Volkstrauertag (ab 5 Uhr), Buß- und Betttag (ab 5 Uhr), Totensonntag (ab 5 Uhr) und Heiligabend  
21 ab 16 Uhr.  
22

23 Ein „erhöhter Schutz“ bedeutet, dass öffentliche Veranstaltungen, Veranstaltungen in Räumen  
24 mit Schankbetrieb, sowie alle sonstigen öffentlichen Veranstaltungen (außer Kunst,  
25 Wissenschaft und Bildung) verboten sind.  
26

27 Beispiel Karfreitag: Am Karfreitag gilt in 16 Bundesländern ein sogenanntes Tanzverbot. In 13  
28 Bundesländern gilt dieses ganztägig, so auch in Sachsen-Anhalt (Vgl. <http://www.feiertage-online.de/stille-tage/tanzverbot> (abgerufen am 15.04.2013)). Der Hintergrund ist der, dass die  
29 Ausgelassenheit des Tanzes im christlichen Kulturkreis besonders auf den mit der Kreuzigung  
30 Jesu verbundenen Karfreitag für einige Menschen als unangemessen gilt.  
31  
32

33 Das Tanzverbot, bzw. der sog. „erhöhte Schutz“, im Allgemeinen ist aber in heutiger Zeit  
34 veraltet und entspricht nicht der Lebenseinstellung des Großteils der Bevölkerung.  
35 Insbesondere die arbeitsfreie Zeit an Feiertagen ist für viele Menschen eine Zeit der eigenen  
36 Entfaltung und dementsprechend auch oft eine Zeit der Freude und in praktischer Hinsicht  
37 auch oft eine Zeit des Tanzes. Sogar in Rom gibt es am Karfreitag Rockkonzerte und Partys.  
38

39 Des Weiteren hat sich für viele Bürger und Bürgerinnen der Hintergrund der Feiertage  
40 geändert. Insbesondere die christlichen Feiertage wie Weihnachten oder Ostern haben für die  
41 Mehrheit der Bevölkerung keinen christlichen Bezug mehr, sondern eher einen kommerziellen  
42 und privaten Bezug.  
43

44 Das heißt, in einer Gesellschaft, die religiös vielfältig und in weiten Teilen säkular geworden ist  
45 (insbesondere betreffend den Osten Deutschlands mit 2/3 konfessionslose BürgerInnen), darf  
46 es nicht sein, dass der Staat im Namen bestimmter Religionsgemeinschaften allen Menschen  
47 aufzwingt, wie sich diese an bestimmten Tagen zu verhalten haben. Denn die individuellen  
48 Glaubensansichten einer Gruppe von Menschen führen hierbei dazu, dass Andersdenkende in  
49 ihrer wirtschaftlichen, individuellen und kollektiven Freiheit eingeschränkt werden. Das  
50 bestehende Landesgesetz greift somit in die persönliche Freiheit der BürgerInnen ein und  
51 bevorzugt gewisse Konfessionen.  
52

53 Um eine Gleichbehandlung zu gewährleisten, sollte es allen selbst überlassen sein, wie  
54 Feiertage begangen werden. Verschiedene Bedürfnisse stehen da nicht im Widerspruch  
55 zueinander. Besinnung für christliche und Feiern und Tanz für säkulare Menschen lassen sich  
56 miteinander vereinbaren.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56

Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
Weitergeleitet an:

---

Antrag: C28

Antragssteller: Jusos Halle (Saale)

Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag; SPD-Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt;

Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

### Umwandlung der Kirchensteuer in ein kircheneigenes Beitragssystem

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Kirchensteuer durch ein kircheneigenes Beitragssystem ersetzt wird.

#### **Begründung:**

In Deutschland gilt in jedem Bundesland ein eigener Staatsvertrag mit den anerkannten Religionsgemeinschaften. Die Kirchensteuer wird von Land zu Land über die jeweiligen Finanzämter erhoben, in der überwiegenden Mehrheit werden neun Prozent auf die Einkommens- und Lohnsteuer abgeführt, auch für Kapitalerträge gilt eine entsprechende Regelung.

Aus folgenden Gründen ist eine Kirchensteuer abzulehnen und durch ein kircheneigenes Beitragssystem zu ersetzen:

1. Das Kirchensteuerprivileg widerspricht trotz der grundgesetzlichen Verankerung der ebenfalls grundgesetzlich festgelegten Trennung von Staat und Kirche, also der weltanschaulichen Neutralität des Staates.
2. Die Anbindung der Kirchensteuer an die Lohn- und Einkommenssteuer fordert von allen abhängig Beschäftigten auf der Lohnsteuerkarte ihren Konfessionsstatus abzugeben. Dies ist ein Verstoß gegen die negative Religionsfreiheit.
3. Die Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer und der dadurch verbundene Steuerverzicht des Staates stellt eine Subvention der Kirchenmitglieder und damit mittelbar der Kirche dar (Vgl.: <http://www.kirchensteuerinfo.de/kirchensteuer/diskussion> (abgerufen am 15.04.2013)).  
Für 2007 zum Beispiel in Höhe von fast 33 % des Kirchensteueraufkommens.

Zahlen für 2007:

Kirchensteueraufkommen in Deutschland Gesamt: 9002,94 Mio. Euro

davon von Kirchenmitgliedern getragen: 5952,94 Mio. Euro (67,1 %)

davon durch Verringerung der Einkommensteuer von allgemeinen Steuergeldern getragen: 2960 Mio. Euro (32,9 %)

([http://www.bundesfinanzministerium.de/nn\\_4310/DE/BMF\\_\\_Startseite/Service/Broschueren\\_\\_Bestellservice/Finanz\\_\\_und\\_\\_Wirtschaftspolitik/40200,templateId=raw,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_4310/DE/BMF__Startseite/Service/Broschueren__Bestellservice/Finanz__und__Wirtschaftspolitik/40200,templateId=raw,property=publicationFile.pdf) (abgerufen am 15.04.2013)).

Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
Weitergeleitet

---

an:

1 Antrag: D1  
2  
3 Antragssteller: Landesarbeitskreise Bildung und Soziales sowie Ökonomie und Ökologie  
4 über den Juso-Landesvorstand  
5  
6 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion  
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
9

### 10 Rentenversicherung bei Minijobs

11  
12 Wir fordern, dass der Arbeitnehmerin / dem Arbeitnehmer der Rentenanspruch aus den im  
13 Rahmen eines Minijobs pauschal gezahlten Rentenversicherungsbeiträgen angerechnet wird,  
14 unabhängig davon, ob er den persönlichen Aufstockungsbetrag bezahlt oder nicht.  
15

#### 16 Begründung:

17  
18  
19 Zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich über Jahre hinweg in sogenannten  
20 Minijobs befinden, sammeln keinerlei Rentenansprüche an, sofern sie sich nicht freiwillig für  
21 eine Aufstockung des Rentenbeitrags entscheiden. Gezahlte Rentenbeiträge werden somit  
22 nicht dem/der ArbeitnehmerIn zugeschrieben, der/die diese erarbeitet hat.  
23 Diese gesetzliche Bestimmung ist dem Beitragsleistenden gegenüber ungerecht und verschärft  
24 zudem das Problem der Altersarmut. Folglich muss ein Anspruch aus den gezahlten Beiträgen  
25 für alle Einzahler gewährleistet werden.  
26  
27  
28  
29

30 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
31 Weitergeleitet an:

---

32  
33 Antrag: D2  
34  
35 Antragssteller: Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den  
36 Juso-Landesvorstand  
37  
38 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD Landesparteitag  
39

40 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
41

### 42 Einführung einer Pflegekammer in Sachsen-Anhalt

43  
44 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Einführung einer Pflegekammer in Sachsen-Anhalt. Die  
45 neue Pflegekammer soll als Kommunikationsplattform für alle Berufsangehörigen errichtet  
46 werden. Allen übrigen Interessenvertretern soll ein Mitspracherecht eingeräumt werden. Auf  
47 gemeinsamen Sitzungen sollen einheitliche Bildungsangebote für Pflegekräfte geschaffen  
48 werden. Außerdem soll eine dauerhafte Beratungsstelle für berufsspezifische  
49 Arbeitnehmerfragen eingerichtet werden. Als neugeschaffene Institution soll die  
50 Pflegekammer die Interessen der Pflegeberufe im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten  
51 stärker nach außen vertreten. Die Finanzierung soll durch einen einkommensabhängigen  
52 Pflichtbeitrag gewährleistet werden, welcher von jedem Angehörigen der pflegenden Berufe  
53 erhoben wird. Zudem ist eine ergänzende Finanzierung durch die Arbeitgeber zu prüfen, die  
54 ebenso von gut qualifiziertem und motiviertem Pflegepersonal profitieren.  
55  
56

1 **Begründung:**

2  
3 Das Land Rheinland-Pfalz hat in einer aktuellen Umfrage seine Pflegekräfte über die  
4 Einführung einer Pflegekammer abstimmen lassen. Am 28.03.2013 wurde das Ergebnis  
5 vorgestellt: 75 % der mehr als 7.000 Befragten haben sich für die Pflegekammer ausgesprochen.  
6 Auch andere, bundesweite Umfragen haben ergeben, dass in den Pflegeberufen ein  
7 mehrheitlicher Wille der Einführung einer Pflegekammer und damit auch die Bereitschaft der  
8 Zahlung eines Pflichtbeitrages bestehen.

9 Zwar kann eine solche Kammer weder über Entlohnung noch Ausbildung der Pflegekräfte  
10 bestimmen – hierfür sind u.a. die Gewerkschaften zuständig. Kommunikation, Weiterbildung,  
11 Beratung und Interessenvertretung sind jedoch Vorteile der Pflegekammern, für die die  
12 Pflegekräfte bereit sind, einen Pflichtbeitrag zu leisten.

13 Die Berufsangehörigen fordern Pflegekammern, die die Aufgabe der Regelung, Überwachung  
14 und Anerkennung der beruflichen Fort- und Weiterbildungen übernehmen. Darüber hinaus soll  
15 die Pflegekammer einheitliche Leitlinien oder Rahmenpläne bereitstellen, die die Ausbildungen  
16 innerhalb des Bundeslandes vergleichbar machen. Außerdem sollen die Kammern als  
17 Ansprech- und Beratungspartner des Gesetz- und Verordnungsgebers dienen. Schließlich muss  
18 die Kammer als Schiedsstelle fungieren und soll eine Berufsethik erarbeiten und diese  
19 auch durchsetzen.

20 Da die Pflegekammern von der Mehrheit der Betroffenen gewünscht ist und auch finanziell  
21 getragen wird, muss der Einführung einer Pflegekammer in Sachsen-Anhalt zugestimmt  
22 werden.

23  
24  
25  
26 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

27 Weitergeleitet an:

---

28  
29 Antrag:

D3

30  
31 Antragssteller:

Landesarbeitskreise Bildung und Soziales sowie Ökonomie und Ökologie  
über den Juso-Landesvorstand

32  
33  
34 Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

35  
36 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

37  
38 **Lebenslanges Arbeitszeitkonto**

39  
40 Wir setzen uns für gesetzliche Regelungen zur Schaffung eines persönlichen, unbegrenzt  
41 gültigen Arbeitszeitkontos ein. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss es möglich sein,  
42 durch Mehrarbeit ein Überstundenkonto aufzubauen, welches im Laufe des Arbeitslebens in  
43 Absprache mit dem Arbeitgeber individuell ab- und wieder aufgebaut werden kann. Hierfür  
44 sollen die Regelungen zur Teilzeitarbeit, zur Arbeitszeit und zum Urlaub modifiziert werden.

45  
46  
47 **Begründung:**

48  
49 Die im Lauf des Arbeitslebens zur Verfügung stehende Arbeitszeit wird regelmäßig bestimmt  
50 durch persönliche Ereignisse, wie zum Beispiel Familienplanung, eigener Weiterbildung oder  
51 Pflegebedürftigkeit von Angehörigen.

52 Die derzeitigen Rahmenbedingungen für eine Flexibilisierung von Arbeitszeiten sind starr und  
53 zumeist kurzfristig gestaltet:

- 54  
55 - Das Teilzeitarbeitsgesetz erlaubt es, von Vollzeit- zu Teilzeitarbeit zu wechseln.



- 1 - Nach dem Arbeitszeitgesetz sollen Überstunden innerhalb von 6 Monaten durch  
2 Freizeitausgleich abgebaut werden.  
3 - Im Bundesurlaubsgesetz ist verankert, dass Urlaub, wenn er nicht genommen wird,  
4 nicht länger als 3 Monate in das neue Jahr übertragen werden kann.  
5

6 Ziel des Antrages ist es, diese Rahmenbedingungen auszuweiten und auch für langfristige Ziele  
7 zu flexibilisieren. So soll man zum Beispiel als junge, ledige Arbeitnehmerin die Möglichkeit  
8 erhalten, im Rahmen der Arbeitsschutzbestimmungen ein Überstundenkonto aufzubauen,  
9 welches lebenslang flexibel ab- und wieder aufbaubar ist.  
10

11  
12  
13 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
14 Weitergeleitet an:

---

15  
16 Antrag: D4

17  
18 Antragssteller: Landesarbeitskreise Bildung und Soziales sowie Ökonomie und Ökologie  
19 über den Juso-Landesvorstand  
20

21 Weiterleitung an:

22  
23 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
24

#### 25 **Ausweitung der Einzahlungspflicht in die gesetzliche Rentenversicherung**

26  
27 Die SPD, dass die Einzahlungspflicht in die gesetzliche Rentenversicherung auf Beamte,  
28 Abgeordnete und selbstständig Tätige ausgeweitet wird. Um den Fortbestand von  
29 Einzelunternehmen und Kleinstbetrieben zu schützen und um Geringverdiener zu entlasten,  
30 fordern wir außerdem, einen Versicherungsfreibetrag einzuführen, bis zu dem die Pflicht zur  
31 Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung nicht oder nur begrenzt gilt.  
32

#### 33 **Begründung:**

34  
35 Die SPD hat sich dazu bekannt, Altersarmut zu vermindern und für ein Mindesteinkommen im  
36 Alter zu sorgen. Dies soll vor allem durch die Einnahmen aus der gesetzlichen  
37 Rentenversicherung gedeckt werden. Dabei sollen gemäß dem Solidarprinzip auch die Starken  
38 für die Schwachen einstehen.  
39

40 In Anbetracht dieser Zielsetzung ist es ungerecht, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
41 in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen müssen, während selbstständig Tätige,  
42 Abgeordnete und Beamte von dieser Pflicht befreit sind. Zum einen werden einige große  
43 Einkommen damit dem System der Rentenversicherung entzogen. Zum anderen werden auch  
44 Gewerbetreibende und Freiberufler potenziell von Altersarmut bedroht und sollen durch das  
45 Rentensystem gestützt werden. Folglich müssen auch sie einen gesetzlichen Rentenbeitrag  
46 leisten.  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53

54  
55 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
56 Weitergeleitet an:

---

1 Antrag: D5  
2  
3 Antragssteller: LAK Bildung und Soziales über den Juso-Landesvorstand und Jusos  
4 Magdeburg  
5  
6 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion  
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
9

### 10 **Altenpflege im Land nachhaltig verbessern – Pflegepakt entwickeln**

11  
12 Angesichts demographischer Entwicklungen und der bereits heute teilweise schwierigen und  
13 unangemessenen Lebenssituation der Bewohner von Altenheimen muss sich das Land mit den  
14 Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation auseinandersetzen.  
15

16 Dabei soll zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme der Pflegesituation und der zu  
17 erwartenden Entwicklungen in Sachsen-Anhalt erstellt werden.  
18

19 Ausgehend von diesen Erkenntnissen muss dann in einer konzertierten Aktion ein sowohl den  
20 aktuellen als auch den zu erwartenden Gegebenheiten angemessener Aktionsrahmen bzw.  
21 Pflegepakt zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ausgehandelt und implementiert  
22 werden.  
23

24 Inhalt dieses Paktes müssen neben diversen anderen Themen auch die  
25

- 26 • Lebensbedingungen der Bewohner von Pflegeheimen, d.h. u.a. die Unterbringung
- 27 in teilweise ungeeigneten Mehrbettzimmerbelegungen,
- 28 • die Arbeits- und Vergütungssituation der Pflegenden
- 29 • sowie Maßnahmen zur Gewinnung weiterer Fachkräfte und zur
- 30 • Verbesserung der Aus- und Weiterbildung dieser

31  
32 sein.  
33  
34

### 35 **Begründung:**

36  
37 Zwar finden auf Bundesebene bereits aktive Bemühungen zur Bekämpfung der mit der  
38 Versorgung von pflegebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern verbundenen Probleme  
39 statt, diese Bemühungen allein sind jedoch keinesfalls ausreichend, um die Situation  
40 nachhaltig und in einer angemessenen Form zu verbessern. Des Weiteren weißt Sachsen-  
41 Anhalt spezifische Problemstellungen auf, die von diesen bundespolitischen Bemühungen  
42 nicht abgedeckt werden. Daher erscheint es geboten, anknüpfend an eine Bestandsaufnahme,  
43 eine zwischen den Beteiligten Akteuren im Konsens erzielte Vorstellung für den Umgang mit  
44 diversen mit der Thematik verbundenen Probleme zu entwickeln. Dabei sollen sowohl  
45 Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals als auch Lebensbedingungen der zu pflegenden  
46 Menschen in die Betrachtung mit einbezogen werden.

47 Vorbild einer derartigen, konzertierten Verständigung kann unter anderem der im Januar 2013  
48 in Thüringen vorgestellte Pflegepakt sein.  
49  
50  
51  
52  
53  
54

55 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
56 Weitergeleitet an:  
57

1 Antrag: D6  
2  
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion  
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
8

### 9 Vereinfachte Steuererklärung für Rentnerinnen und Rentner

10  
11 Durch die Einführung einer vereinfachten Steuererklärung, in der die bereits von der  
12 Rentenbezugsstelle sowie den Krankenkassen übermittelten Daten eingepflegt sind, sollen  
13 Rentnerinnen und Rentner, die keine Einkünfte nach §§ 13, 15, 18, 21 und 23 EStG beziehen,  
14 zukünftig bei der Erstellung der Einkommensteuererklärung entlastet werden. Dieser Vordruck  
15 soll dem Rentenbeziehende binnen 6 Monaten nach Ablauf des betreffenden  
16 Veranlagungszeitraums zugestellt werden. Die Rentnerinnen und Rentner überprüft diese  
17 Werte und ergänzt die Erklärung noch um ggf. bestehende Behinderten- und Pflege-  
18 Pauschbeträge, außergewöhnliche Belastungen oder Sonderausgaben.  
19

#### 20 Begründung:

21  
22  
23 Entgegen der gängigen Meinung sind Renteneinkünfte nicht steuerfrei und unterliegen der  
24 persönlichen Einkommensteuerpflicht des Zahlungsempfängers. In den vergangenen Jahren  
25 haben die Finanzbehörden hingegen Rentnerinnen und Rentner mit verhältnismäßig geringen  
26 Einkünften - obwohl eine Steuerklärungspflicht vorlag - nur stichprobenhaft zur  
27 Erklärungsabgabe aufgefordert und somit veranlagt.

28 Durch eine in 2005 in Kraft getretene Gesetzesänderung liegen den Finanzämtern nun  
29 allerdings die Rentenbezugsmitteilungen vor, woraufhin 2012 bundesweit tausende  
30 Rentnerinnen und Rentner zur Abgabe Ihrer Einkommensteuererklärung – auf Grund der  
31 Verjährungsfristen oft rückwirkend ab dem Veranlagungszeitraum 2005 – aufgefordert  
32 wurden. Bei Nichtabgabe erfolgt eine Steuerfestsetzung von Amts wegen, in Form einer  
33 Schätzung in Anlehnung an den dem Finanzamt vorliegenden Werten, die sich für die  
34 Steuerpflichtigen in der Regel negativ auswirkt.  
35

36 Zu den nun auf einmal fälligen Steuernachzahlungen für sieben Jahre kommen außerdem  
37 Zinsen nach § 238 AO von jährlich 6 Prozent.  
38

39 Durch die Einführung einer vereinfachten Steuererklärung für Rentnerinnen und Rentner, kann  
40 die Einkommensteuerveranlagung und Einkommensteuerzahlung ohne größeren Aufwand –  
41 da dem Finanzamt die wichtigsten Werte ohnehin vorliegen - jährlich zeitnah erfolgen und  
42 Nachzahlungszinsen sowie Verspätungszuschläge verhindert werden. Gerade im Hinblick auf  
43 einen jährlich abschmelzenden Steuerfreibetrag für Renteneinkünfte bis 2040 und der  
44 Hinzurechnung der regulären Rentenanpassungen zum steuerpflichtigen Anteil der  
45 Renteneinkünfte, würde diese Vereinfachung insbesondere perspektivisch gesehen einen  
46 breiten Personenkreis entlasten.  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54

55 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
56 Weitergeleitet an:  
57

1 Antrag: D7  
2  
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg  
4  
5 Weiterleitung an: SPD Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion  
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
8

### 9 **Nein zu Leiharbeit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge**

10  
11 Wir Jusos Sachsen-Anhalt fordern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu prüfen, ob die  
12 Beauftragten Unternehmen LeiharbeiterInnen beschäftigen. Wenn dies der Fall ist, soll die  
13 Vergabe der Aufträge an Unternehmen geschehen, die ausschließlich ArbeitnehmerInnen mit  
14 festem Arbeitsvertrag beschäftigen. Der öffentliche Sektor muss einen Vorbildcharakter für die  
15 Privatwirtschaft darstellen, daher fordern wir die Landesregierung Sachsen-Anhalts auf, den  
16 Gebrauch dieser Arbeitsmarktinstrumente offenzulegen und ein Konzept zu entwickeln, wie  
17 dem Missbrauch durch den Leih- und Zeitarbeitssektors vorzubeugen ist.  
18

#### 19 **Begründung:**

20  
21  
22 Wir als SPD müssen uns auch Jahre nach der Verabschiedung der Agenda 2010 für die dadurch  
23 entstandenen Folgen rechtfertigen. Eine dieser Folgen ist der ausufernde Sektor der Leih- und  
24 Zeitarbeit. Ebenso haben wir in der großen Koalition versäumt, diesem Einhalt zu gebieten.  
25 Immer mehr Vollzeitbeschäftigte werden durch Leih- und ZeitarbeiterInnen sowie durch  
26 geringfügig Beschäftigte ersetzt. Um diesen Folgen der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes  
27 Einhalt zu gebieten, ist es nun an der Zeit zu handeln. Ein positives Signal an die  
28 Privatwirtschaft kann somit von den Kommunen ausgehen, indem eine Regelung geschaffen  
29 wird, in der es bei öffentlichen Ausschreibungen eine Vergabe der Aufträge an Firmen gibt, die  
30 Zeit- und LeiharbeiterInnen beschäftigen. Da eine weitreichendere gesetzliche Regelung  
31 zurzeit nicht in Aussicht steht, sind es die Kommunen, die mit Beispiel voran gehen müssen.  
32 Auch in Zeiten des Spardiktates gilt es die ArbeitnehmerInnen zu schützen.  
33  
34  
35

36 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
37 Weitergeleitet an:

---

38  
39  
40  
41  
42 Antrag: D8  
43  
44 Antragssteller: Jusos Magdeburg,  
45  
46 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag  
47

48 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
49

### 50 **Arbeitsfreie Tage nachholen**

51  
52 Eine gesetzliche Regelung, die es erlaubt arbeitsfreie Tage, die durch einen gesetzlichen  
53 Feiertag verloren gehen, am nächsten darauffolgenden Werktag nachholen zu können, ist  
54 einzuführen.  
55  
56

1 **Begründung:**

2  
3 Das Recht, an einem gesetzlichen Feiertag zu gedenken, an einer Demonstration teilzunehmen  
4 oder sich im Rahmen des Feiertages kulturell zu engagieren, darf nicht durch den Ausfall eines  
5 arbeitsfreien Tages gefährdet werden.

6 So zwingt die bisherige Regelung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einer gefährlichen  
7 Entscheidung zwischen ihrem Recht auf einen arbeitsfreien Zeitraum (zum Beispiel das  
8 Wochenende) und ihrer Möglichkeit auf politische und gesellschaftliche Teilhabe.

9 Im internationalen Vergleich rangiert die Bundesrepublik bezüglich der Zahl der gesetzlichen  
10 Feiertage nur im Mittelfeld. Es ist also nicht korrekt, wenn suggeriert wird, deutsche  
11 ArbeitnehmerInnen könnten getrost auf einen Feiertag verzichten.

12 Auch das Argument, die Wirtschaft würde nachhaltig durch einen „verschobenen“  
13 arbeitsfreien Tag geschädigt, ist nicht sachgemäß. Im Gegenteil:

14 Die jetzige Regelung erlaubt es, auf Kosten der Arbeitnehmer zusätzlichen Profit zu machen.  
15 Schließlich wird der ausgefallene arbeitsfreie Tag nicht im Gehalt berücksichtigt. Fällt etwa der  
16 1. Mai auf einen Sonntag, arbeiten deutsche ArbeitnehmerInnen mehr für das gleiche Geld.

17  
18  
19  
20 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
21 Weitergeleitet an:

---

22  
23 Antrag: D9

24  
25 Antragssteller: Jusos Magdeburg

26  
27 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag und SPD-Bundestagsfraktion

28  
29 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

30  
31 **Die Anpassung des § 9 Abs. 1 Nr. 4 Einkommensteuergesetz**

32  
33 Die SPD setzt sich dafür ein, die Entfernungspauschale von derzeit 0,30 € pro gefahrenen  
34 Kilometer auf 0,45 € anzuheben. Analog hierzu erfolgt die Anpassung des jährlichen  
35 Höchstbetrags von 4.500,00 € auf 6.000,00 €.

36  
37  
38 **Begründung:**

39  
40 Die Anpassung der Entfernungspauschale soll auf Grund der gestiegenen Aufwendungen, die  
41 ArbeitnehmerInnen im Rahmen Ihrer Berufsausübung tragen müssen, erfolgen.

42  
43 Der Arbeitsmarkt verlangt von ArbeitnehmerInnen eine hohe Mobilitätsbereitschaft. Die  
44 derzeit geltenden 0,30 € sind im Jahre 2004 im „haushaltspolitisch vertretbaren Umfang“  
45 festgelegt wurden und decken, in Anbetracht der stark gestiegenen laufenden Fahrzeug- und  
46 Reisekosten, bei weitem nicht die tatsächlichen Kosten, die den ArbeitnehmerInnen in diesem  
47 Zusammenhang entstehen. Um diese Diskrepanz etwas abzumildern ist diese Anpassung  
48 dringend notwendig.

49  
50  
51  
52  
53  
54  
55 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
56 Weitergeleitet an:

---

1 Antrag: D10  
2  
3 Antragssteller: Jusos Anhalt-Bitterfeld  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag , SPD-Landtagsfraktion  
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
8

### 9 Ehrenamtliches Engagement in Hilfsorganisation

10  
11 Wir fordern:

12  
13 1. Die SPD Sachsen-Anhalt würdigt und unterstützt die engagierte ehrenamtliche Tätigkeit in  
14 unserem Land.

15  
16 2. Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass eine ehrenamtliche Tätigkeit an die Rente  
17 angerechnet wird, sofern ein entsprechender Nachweis der Tätigkeit geführt wird.  
18

### 19 Begründung:

20  
21  
22 Die Mitglieder einer Hilfsorganisation stellen die lebensnotwendige Tätigkeit im Bereich der  
23 medizinischen Rettung. Neben ihrer Arbeit und Familie verbringen die Mitglieder/innen einer  
24 Hilfsorganisation ehrenamtlich viele Stunden ihrer eigentlichen Freizeit bei Lehrgängen,  
25 Einsatzdiensten und Einsätzen. Ihnen gebühren unser Dank und unser Respekt für ihren  
26 engagierten Einsatz für das Allgemeinwohl.

27 Um diesen Dank den Mitglieder/innen auszudrücken und um den Dienst der  
28 Hilfsorganisationen für junge Menschen attraktiv zu machen, wäre eine Anrechnung dieser  
29 Tätigkeit als extra Entgeltpunkte in den Rentenwert Nachdenkens wert.  
30

31 Weiterhin ist leider zu beobachten, dass sich immer weniger junge Menschen ehrenamtlich in  
32 Sport- oder Kulturvereinen engagieren. In Zeiten der Kürzungen in kulturellen Bereichen durch  
33 die öffentliche Hand, bedingt eine Zunahme der ehrenamtlichen Aktivitäten um die Vielfalt in  
34 den verschiedensten Bereichen zu erhalten. Unser Anspruch sollte es sein, jedem der  
35 ehrenamtlich Verantwortung für einen Verein o.ä. übernimmt, ein kleines Dankeschön zurück  
36 zu geben. Aus diesem Grund bezieht sich dieser Antrag eben nicht nur auf die Arbeit bei  
37 Feuerwehren und Hilfsorganisationen, sondern auf alle ehrenamtlichen Tätigkeiten.  
38

39  
40 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
41 Weitergeleitet an:

---

42  
43 Antrag: D11  
44  
45 Antragssteller: Jusos Anhalt-Bitterfeld  
46  
47 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion  
48

49 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
50

### 51 Chancengleichheit in Bewerbungsverfahren

52  
53 Um in Bewerbungsverfahren den Fokus auf die Qualifikation der Bewerbenden zu lenken,  
54 werden die Bewerbungsverfahren für Stellen im öffentlichen Dienst fortan anonymisiert. Dem  
55 Bewerbenden soll dabei freigestellt werden, sich auf ausgeschriebene Stellen im öffentlichen



1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56

**Begründung:**

Bis zum Ende des Jahres 2012 gab es im Pflegegesetz den Passus dass lediglich Pflegeeinrichtungen die die Ortsübliche Vergütung an ihre Mitarbeiter zahlen einen Versorgungsauftrag bekommen. Mit dem Pflegeneustrukturierungsgesetz wurde dieser Passus aber ersatzlos gestrichen, mit Hinweis auf den Mindestlohn.

Der festgelegte Mindestlohn für die Pflege von 8,00€ im Osten und 8,50€ im Westen unterscheidet aber nicht nach Qualifikation und lag bereits 2010 weit unter dem Durchschnitt von 14,71€ im Westen und 14,21€ im Osten. Damit ist zu befürchten dass die Einrichtungen den Lohn bis auf den Mindestlohn von 8,00€ herunterdrücken, unabhängig davon ob es sich um ex. Pflegefachkräfte oder Pflegehelfer handelt. Dadurch wird die Pflege stark geschwächt, was bei den steigenden Pflegefällen und mangelnden Fachkräften nicht tragbar ist.

|                    |                        |
|--------------------|------------------------|
| Abstimmungen:      | Angenommen/ Abgelehnt: |
| Weitergeleitet an: |                        |

---

|                   |   |
|-------------------|---|
| Antrag:           | D13   |
| Antragsteller:    | Jusos Halle (Saale)   |
| Weiterleitung an: | SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion via SPD-Bundesparteitag |

Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

**Wiederaufstockung des Gründerzuschusses**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die im Jahre 2012 erfolgte deutliche Herabsenkung des Gründerzuschusses für Arbeitslosengeld-I-EmpfängerInnen und die Abschaffung dieses Rechtsanspruchs rückgängig gemacht wird. Zudem sollen gründungswillige ALG-II-EmpfängerInnen auch diese Art des Zuschusses erhalten.

**Begründung:**

Die §§ 93 ff. SGB III regeln die staatliche Bezuschussung von Arbeitslosen mit Arbeitslosengeld I-Anspruch. Diese dient dazu, Menschen eine Perspektive zu geben, die Arbeitslosigkeit schnell hinter sich zu lassen und sich als SelbstständigeR im Berufsleben zu integrieren. Da am Anfang der Selbstständigkeit kaum mit Einnahmen zu rechnen ist und diese Menschen meist kein finanzielles Polster aufgebaut haben, ist diese Förderung essentiell notwendig. Im Zuge von Sparmaßnahmen wurden die Zuschüsse im Jahre 2012 allerdings deutlich gesenkt und haben die Neugründungen in Deutschland in den Keller sinken lassen.

Dazu gehört:

Seit Anfang 2012 haben Arbeitslose mit Anspruch auf Arbeitslosengeld I keinen Rechtsanspruch mehr auf diesen Zuschuss. Zudem muss der Antrag 150 Tage vor Auslaufen des Arbeitslosengeldanspruches (vorher 90 Tage) erfolgen. Sollte es zu einer erfolgreichen Bewilligung kommen (dies hängt vom jeweiligen Ermessen des/r Sachbearbeitenden/in ab), erhält der/die GründerIn 6 Monate (vorher neun Monate) lang einen Zuschuss in Höhe seines/ihres Anspruches auf ALG I, zuzüglich 300€. Es besteht die Möglichkeit der Verlängerung des Zuschusses in Höhe von pauschal 300€ für maximal neun Monate (vorher sechs Monate). Infolge dieser Veränderungen brach die Zahl der Neugründungen um 85% ein und erreichte für 2012 das tiefste Niveau seit 15 Jahren. Angesichts der Erfolgszahlen, welche durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ermittelt wurden, ist zu bezweifeln, dass diese Art



1 der Kürzungen den Weg in Richtung Vollbeschäftigung, Recht auf freie Berufsausübung und  
2 Unabhängigkeit unterstützt. Demnach konnten ca. 80% der geförderten Jungunternehmer 19  
3 Monate nach Gründung ihrer Unternehmen von ihrer selbstständigen Arbeit leben und  
4 erwirtschaften ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 2000€. Darüber hinaus schufen sie  
5 weitere Arbeitsstellen und so hatten 19 Monate nach Gründung bereits 33% der männlichen  
6 und 25% der weiblichen UnternehmerInnen Angestellte (im Durchschnitt fast 3). Nur 5% der  
7 geförderten UnternehmerInnen scheitern in diesem Zeitraum und werden wieder arbeitslos.  
8 Demnach ist das Potenzial der Förderung für den deutschen Staat und dessen Bevölkerung sehr  
9 hoch einzuschätzen.

10 Zudem ist es fraglich, warum ALG II-EmpfängerInnen von diesem Zuschuss keinen Gebrauch  
11 machen dürfen. Menschen die schon länger in der Arbeitslosigkeit festsitzen, sollten nicht  
12 weiter benachteiligt werden. Daher sollte eine Eingliederung der ALG II – EmpfängerInnen in  
13 das Gründerzuschuss-Programm geprüft werden. Auch hier erscheint das Einstiegsgehalt für den  
14 Berufseinstieg als ein adäquates Mittel.

15 Eine Studie des IAB hat dieses Instrument der Gründungshilfe evaluiert und aus dieser  
16 (02/2012) und einem Artikel der BrandEins Februar 2013 stammen die meisten Daten. Dabei  
17 wurde auch die Fraglichkeit des Missbrauchs untersucht und obwohl das Geld gerne  
18 „mitgenommen“ wird, so waren viele GründerInnen im Nachhinein froh doch diese Hilfe  
19 erhalten zu haben. Das könnte unter anderem daran liegen, dass Gründungen und Business  
20 Pläne zu positiv geplant werden. So hätten es laut Studie ca. 19% der Gründerzuschuss-  
21 Empfänger auch ohne diesen erfolgreich in die Selbständigkeit geschafft. Eine genaue  
22 Evaluierung ist immer schwer, da auch psychologische Faktoren wie Sicherheit, Ermutigung  
23 etc. eine Rolle spielen, welche nicht gemessen wurden/werden können.

24 Insgesamt scheint es sich dabei jedoch im Vergleich zu früheren Instrumenten um ein recht  
25 erfolgreiches Modell zu handeln und daher ist leider jede Plausibilität für diese  
26 Kürzungsmaßnahmen abhanden.

27 Es sollte daher im Anliegen der SPD sein, sich für eine stärkere Förderung der Selbstständigkeit  
28 einzusetzen und damit den Arbeitsmarkt nachhaltig zu befruchten.

29  
30  
31

32 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
33 Weitergeleitet an:

---

34  
35 Antrag: D14

36  
37 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)

38  
39 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion,  
40 SPD-Landtagsfraktion

41  
42 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

#### 43 44 **„Nein!“ zum sogenannten Familienstandsdarlehen**

45  
46 Die SPD Sachsen-Anhalt lehnt das sogenannte Familienstandsdarlehen der CDU Sachsen-  
47 Anhalt ab und wird dieses Modell oder auch ähnliche Konstruktionen nicht unterstützen bzw.  
48 mittragen.

49  
50 Die SPD Sachsen-Anhalt missbilligt

51  
52 - das sogenannte Familienstandsdarlehen in seiner Grundkonzeption der Vergabe von  
53 zinslosen Darlehen an junge Ehepaare und die Möglichkeit des späteren „Abkinderns“  
54 durch Erlass eines Teils der Darlehenssumme pro in der Ehe geborenem Kind;

- 1 - die Diskriminierung homosexueller Partnerschaften, in denen auch Kinder zur Familie  
2 gehören können, sogenannte Patchwork-Familien, Alleinerziehende und unverheiratete  
3 Paare, ebenso wie die älterer Paare über 35 Jahre;  
4 - die Fixierung auf ein bestimmtes Familienmodell (Vater, Mutter und x Kinder).

5  
6 Die SPD Sachsen-Anhalt fordert:

7 Kinder dürfen nicht zu einer Ware werden die einen finanziellen Vorteil einbringen.  
8 Stattdessen ist das Geld in eine gute, flächendeckende Kinderbetreuung und frühkindliche  
9 Bildung zu investieren, die allen Kindern und nicht nur jenen von verheirateten Paaren  
10 zugutekommt. Zudem müssen die Lebensrealitäten junger Menschen heutzutage anerkannt  
11 werden, die durch hohen Druck und Unsicherheiten in der Ausbildung und dem Start in das  
12 Berufsleben immer später die Entscheidung für eine Familie fällen und immer flexibler  
13 bezüglich ihres Wohnortes sein müssen. Dieser Druck ist durch geeignete Maßnahmen zu  
14 senken. In Sachsen-Anhalt müssen gute Bedingungen für junge Familien geschaffen werden  
15 einschließlich guter, sicherer Arbeitsplätze für die Eltern. Dies fördert Familien in unserem Land  
16 besser als jede Kinderprämie.

17  
18  
19 **Begründung:**

20  
21 Die CDU Sachsen-Anhalt schreibt über das sog. Familienstandsdarlehen in ihrem  
22 Positionspapier „Mehr Lust auf Familie!“ vom Juni 2012:

23  
24 „Familienstandsdarlehen

25 Zur Stärkung der Familie im engeren Sinne sollten Eheschließungen durch sogenannte  
26 Familienstandsdarlehen gefördert werden. Dieses Darlehen sollte einkommensunabhängig  
27 gewährt werden. Die Altersgrenze sollte bei beiden Ehepartnern jeweils bei 35 Jahren liegen, da  
28 mit zunehmendem Alter der Ehepartner der Finanzbedarf abnimmt. Das Darlehen sollte zinslos  
29 gewährt werden. Die Darlehensverwaltung sollte durch die Investitionsbank erfolgen. Die  
30 Laufzeit des Darlehens sollte bei 10 Jahren liegen. Im Falle der Ehescheidung bzw. Wegzugs aus  
31 Sachsen-Anhalt wird die Rückzahlung des Darlehens sofort fällig. Dabei haften die beiden  
32 Ehepartner für die Rückzahlung gesamtschuldnerisch. Neben der Rückzahlung des Darlehens  
33 kann die Darlehenstilgung auch durch die Geburt von Kindern erfolgen. Die Darlehensschuld  
34 verringert sich dabei pro Kind um ein Drittel mit der Folge, dass Familien mit 3 Kindern das  
35 Darlehen getilgt haben und keine Rückzahlung leisten müssen. Gefördert wird nur die Erstehe.  
36 Dies gilt für beide Ehepartner gleichermaßen.

37 In den letzten Jahren wurden durchschnittlich 10.000 Ehen pro Jahr in Sachsen-Anhalt  
38 geschlossen. Unter Zugrundlegung einer Darlehenssumme von 5.000,- Euro errechnet sich ein  
39 Darlehensvolumen von 50 Millionen Euro pro Jahr. Bei einem Zinssatz von 5 Prozent errechnet  
40 sich daraus eine Zinsbelastung für den Landeshaushalt von 2,5 Millionen Euro pro Jahr. Im  
41 Laufe der Jahre müssen bei diesen Beträgen die Einnahmen berücksichtigt werden, die durch  
42 die durchschnittlich ca. 5.000 Ehescheidungen pro Jahr in den Landeshaushalt zurückfließen.“

43  
44 Die von der CDU angeführten Berechnungen unterschlagen die Tatsache, dass die  
45 „abgekinderten“ Teile des sog. Familienstandsdarlehens ebenso zu Lasten der klammen  
46 Landeskasse fließen.

47  
48 Es gibt zahlreiche Beispiele, in denen das sog. Familienstandsdarlehen zu unsozialen und  
49 verheerenden Folgen führen kann. Zum Beispiel:

50  
51 - wenn ein Partner oder eine Partnerin nach einer Scheidung alleinerziehend ist und zusätzlich  
52 den übrigen Familienkredit unverzüglich zurückzahlen soll. Dies schafft eine weitere Hürde für  
53 ein selbstbestimmtes Leben, dass auch beinhalten kann, sich vom Ehepartner oder -partnerin  
54 zu trennen.

55 - Viele Wegzüge aus Sachsen-Anhalt erfolgen aufgrund wirtschaftlicher Notwendigkeiten, weil  
56 vor Ort kein oder nur ein schlecht bezahlter Arbeitsplatz gefunden werden konnte. Dann

1 jungen Familien, die ihr Familieneinkommen eigenständig bestreiten wollen eine weitere  
2 Hürde in den Weg zu legen, indem die sofortige Rückzahlung des Darlehens droht ist eine Art  
3 Erpressung und führt im Zweifel zu einer höheren Belastung des Sozialsystems.  
4 - Es darf keinen Unterschied geben zwischen ehelich geborenen Kindern die besonders  
5 gefördert werden und unehelichen Kindern. Dies würde einen gesellschaftlichen Rückschritt  
6 bedeuten.

7  
8  
9  
10 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
11 Weitergeleitet an:

---

12  
13 Antrag: D15

14  
15 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)

16  
17 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;  
18 SPD-Landtagsfraktion

19  
20 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

### 21 **Versorgung psychisch erkrankter Elternteile**

22  
23  
24 In Sachsen-Anhalt soll ein Angebot geschaffen werden, das die stationäre Unterbringung und  
25 angemessene Versorgung psychisch erkrankter Eltern(-teile) mit ihren Kindern sicherstellt.

### 26 **Begründung:**

27  
28 Familien mit psychisch erkrankten Eltern(-teilen) gehören zu den größten Herausforderung in  
29 der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Im Bedarfsfall installierte übliche Maßnahmen, wie  
30 zum Beispiel Familienhilfen, stoßen nicht selten an ihre Grenzen, da sie oftmals nur Symptome  
31 abmildern, ohne aber der Problematik auf Dauer entgegenwirken zu können. Nicht selten  
32 droht eine mindestens vorübergehende Inobhutnahme der Kinder mit gravierenden und zum  
33 Teil traumatisierenden Folgen für das Familiensystem, die Kinder, aber auch für die Eltern.

34 Für Familien, in denen ein Elternteil (oder beide Elternteile) erkrankt ist (sind), kann die  
35 gemeinsame stationäre Unterbringung in einem Wohnprojekt, in dem sie rund um die Uhr von  
36 ausgebildeten Fachkräften betreut werden und in dem es entsprechende therapeutische  
37 Angebote gibt, ein hilfreicher Ausweg sein. Das Land sollte hier aktiv werden und ggf.  
38 gemeinsam mit freien Trägern ein entsprechendes Angebot entwickeln.

41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57

55 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
56 Weitergeleitet an:

---

1 Antrag: D16  
2  
3 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt; SPD-Landesparteitag  
6 zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-  
7 Anhalt  
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

### 10 **Reduzierter Mehrwertsteuersatz für sogenanntes Sozialcatering**

11  
12 Für sogenanntes Sozialcatering, also die Essensversorgung für soziale Einrichtungen wie  
13 (Berufs-/Hoch-)Schulen, Kindertagesstätten oder Pflegeheime, soll künftig nur noch der  
14 reduzierte Mehrwertsteuersatz zur Anwendung kommen. Es gilt zu prüfen, inwiefern zur  
15 Kompensation der reduzierte Satz für andere Produkte, der nicht unmittelbar mit einer  
16 Entlastung im sozialen Bereich einhergeht, abgeschafft werden kann.  
17  
18

#### 19 **Begründung:**

20  
21 Die Essensversorgung in Sozialeinrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen gehört zu  
22 den wichtigsten Angeboten dieser Einrichtungen, wenn es um die Erfüllung von  
23 Grundbedürfnissen geht. Eine gute Essensversorgung für möglichst alle Nutzerinnen und  
24 Nutzer dieser Institutionen ist zudem zentrale Voraussetzung für die Erfüllung der Ziele dieser  
25 Institutionen. Doch auch in diesem Bereich hat es in den vergangenen Jahren Kostenaufwüchse  
26 gegeben, die die Kassen derjenigen, die für diese aufkommen müssen belasten. Viele Eltern  
27 können sich beispielsweise kaum noch leisten, für die Versorgung ihrer Kinder in der Schule mit  
28 einer warmen Mahlzeit aufzukommen. Die SPD fordert deshalb schon seit einiger Zeit eine  
29 kostenlose Essensversorgung in den Schulen. Eine Umsetzung dieser Forderung ist derzeit aber  
30 nicht absehbar. Eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes, die auch 1:1 an die Preise  
31 weitergegeben wird, wäre immerhin ein erster Schritt.  
32  
33

34  
35 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
36 Weitergeleitet an:

---

37  
38  
39  
40  
41 Antrag: D17  
42  
43 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)  
44  
45 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand und  
46 die SPD-Landtagsfraktion  
47

48 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

### 49 **Förderung von Freiwilligendiensten**

50  
51 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich für die Stärkung der Freiwilligendienste im Land ein. Die  
52 SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Erhöhung der Fördermittel des Landes  
53 einzusetzen.  
54  
55  
56

1 **Begründung:**

2

3 Die Evaluierung des BMFSFJ zeigt klar, dass ein Freiwilligendienst folgenden Nutzen für  
4 Gesellschaft und die Freiwilligen selbst bringt:

5

6 • Es werden den Jugendlichen neue Handlungsräume eröffnet.

7 • Handlungskompetenz im Allgemeinen und soziale Kompetenz im Speziellen werden  
8 gefördert und so der Nachwuchs für Handel und Wirtschaft gefördert

9 • Die Bereitschaft zu freiwilligem, unentgeltlichen Engagement in der Gesellschaft wird  
10 gestärkt.

11

12 Das Land Sachsen-Anhalt hat seit dem Jahr 2003 die Förderung von Freiwilligendiensten stark  
13 reduziert. Im Jahr 2002 wurde z.B. das Freiwillige Soziale Jahr in Sachsen Anhalt mit 309.550€  
14 gefördert. Im Jahr 2011 nur noch mit 162.602€. Dieser Rückgang bedeutet, dass viele  
15 Einrichtungen keinen Freiwilligendienstplatz mehr anbieten können und somit vielen  
16 Jugendlichen die Ausübung eines Freiwilligendienstes vor Ort verwehrt bleibt. Durch eine  
17 höhere Förderung könnten gezielt neue Plätze in strukturschwachen Regionen Sachsen-  
18 Anhalts geschaffen werden.

19

20

21

22 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

23 Weitergeleitet an:

---

1 Antrag: O1

2

3 Antragssteller: LAK Gleichstellung und Zukunft über Juso-Landesvorstand

4

5 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6

7

### 8 **Die Jusos Sachsen-Anhalt bekämpfen Sexismus in den eigenen Reihen**

9

10 Wir, die Jusos Sachsen-Anhalt, bekennen uns zu einer klaren Antisexismus-Politik in unseren  
11 eigenen Reihen.

12

13 Das bedeutet insbesondere, dass wir auf unseren Veranstaltungen (wie beispielsweise unserer  
14 Landesdelegiertenkonferenz) keinerlei sexuelle Übergriffe und Belästigungen dulden.

15

16 Wir verfolgen eine klare "Nein bedeutet nein!"-Politik. Für Annäherungen jeglicher Art ist  
17 demnach zwingend ein eindeutiger Konsens über die Annäherung zwischen allen Beteiligten  
18 notwendig. Dieser Konsens wird nicht implizit angenommen, solange kein "Nein" erfolgt,  
19 sondern muss explizit eingeholt werden. Auch eine Zustimmung zu einer Handlung bedeutet  
20 nicht automatisch die Zustimmung zu weitergehenden Handlungen. Ohne einen erteilten  
21 Konsens wird keine\_r von uns irgendwelche Handlungen mit oder an anderen Menschen  
22 vornehmen, die deren persönliche Grenzen verletzen könnten.

23

24 Wir gehen gegen Grenzüberschreitungen entschlossen vor. Da wir alle in einer angenehmen  
25 und sicheren Atmosphäre miteinander unsere Zeit verbringen möchten, werden Personen, die  
26 die Grenzen anderer Menschen überschreiten, von der jeweils laufenden Veranstaltung  
27 ausgeschlossen. Bei wiederholten Grenzüberschreitungen durch eine einzelne Person, wird ein  
28 Ausschlussverfahren gegen diese Person angestrengt. Was als Grenzüberschreitung  
29 empfunden wurde, bestimmt hierbei niemals der\_die Täter\_in. Die Koordinator\_innen von  
30 Juso-Veranstaltungen stehen hierfür als Ansprechpersonen zur Verfügung. Sie haben zudem  
31 die Möglichkeit, andere/weitere Ansprechpersonen zu benennen. Wer die Ansprechpersonen  
32 sind, muss allen Teilnehmenden bekannt sein bzw. bekannt gemacht werden.

33

34 Der Landesvorstand wird beauftragt eine entsprechende Satzungsänderung (Richtlinien) zur  
35 nächsten Landesdelegiertenkonferenz einzubringen.

36

37

### 38 **Begründung:**

39

40 Die Debatte um das Thema Sexismus ist derzeit sehr präsent in der Öffentlichkeit. Auch wir als  
41 Jusos haben hierzu deutlich Stellung bezogen. Die Aktion von Herrn Brüderle und sein  
42 selbstverständlicher Umgang damit stehen hierbei nur exemplarisch für Sexismus und  
43 Übergriffe, die täglich überall passieren.

44 Aber wie steht es mit dem Sexismus in unseren eigenen Reihen? Es gibt auf vielen Juso-  
45 Veranstaltungen, insbesondere auf der LDK, zahlreiche Annäherungen. Es ist schön, dass wir  
46 Jusos nicht immer nur politische Standpunkte, sondern auch Intimität austauschen.

47 Nicht akzeptabel ist jedoch, dass derzeit keine LDK vergeht, ohne dass irgendwelche der  
48 anwesenden Menschen belästigt werden. Dies trifft insbesondere, aber nicht ausschließlich,  
49 weibliche Mitglieder.

50 Es ist ebenfalls nicht tragbar, dass in Vorbereitung einer LDK die Anweisung an eine  
51 Delegiertengruppe erfolgen muss, dass man die jungen weiblichen Mitglieder auf der LDK und  
52 insbesondere der abendlichen Party vor Übergriffen bzw. Belästigungen schützen müsse. Diese  
53 Anweisung entstand auf Grund von Vorjahreseerfahrungen.

54 Nicht jeder Mensch kann klar und deutlich Grenzen artikulieren. Das kann am persönlichen  
55 Hintergrund der Person, ihrer Erfahrung oder der allgemeinen Situation (Trunkenheit, Druck,  
56 ...) liegen. Deshalb ist es besser, sich zu vergewissern, statt einfach anzunehmen, der\_die  
andere würde das auch wollen, weil er\_sie nicht widerspricht. Denn wir alle möchten

## Antragsbereich O - Organisation

1 niemanden zu etwas zwingen. Und wir möchten nicht, dass sich Menschen bei uns unwohl  
2 fühlen.

3  
4 Wir bekennen uns nicht gegen Liebe und Sexualität auf unseren Veranstaltungen. Aber wir  
5 möchten auf unseren Veranstaltungen eine Atmosphäre schaffen, in der sich jede\_r wohl  
6 fühlen kann und in der wir nicht auf einzelne Mitglieder aufpassen müssen, weil diese von  
7 eigenen Verbandsmitgliedern belästigt werden.

8  
9  
10 "Ich bin nicht in der Stimmung ..." bedeutet nein.

11  
12 "Ich möchte lieber allein sein." Bedeutet nein.

13  
14 "Ich möchte schlafen gehen." Bedeutet nein.

15  
16 "Ich mag dich, aber ..." bedeutet nein.

17  
18 "Okay, du hast mich überredet." bedeutet nein.

19  
20 Nicht zurück küssen bedeutet nein.

21  
22 Schweigen bedeutet nein.

23  
24 "Fick dich!" Bedeutet nein.

25 "Fick mich!" Bedeutet ja.

26

27

28 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

29 Weitergeleitet an:

---

30

31 Antrag: O2

32

33 Antragssteller: LAK Gleichstellung und Zukunft über den Juso-Landesvorstand und Jusos  
34 Magdeburg

35

36 Weiterleitung an: SPD-Bundesvorstand

37

38 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

39

### 40 **Resolution - Netzneutralität garantieren**

41

42 Ein freies Internet ohne staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe ist ein Garant für freien  
43 Meinungs Austausch und die Meinungsfreiheit weltweit. Netzneutralität ist elementar für  
44 unsere Demokratie! Die Jusos Sachsen-Anhalt begrüßen daher den Beschluss des SPD-  
45 Bundsparteitages die Netzneutralität nach der Bundestagswahl gesetzlich zu verankern.

46 Wir fordern den SPD-Bundesvorstand auf, diesen Standpunkt bei möglichen  
47 Koalitionsgesprächen als sozialdemokratische Haltelinie zu betrachten und von dieser  
48 Forderung nicht abzurücken. In einer zukünftigen SPD-Regierung soll dieser Punkt umgehend  
49 umgesetzt werden.

50

51

52

53

54

55 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

56 Weitergeleitet an:

---

57

1 Antrag: O3  
2  
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg,  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag  
6  
7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
8

9 **Konsequent solidarische Listenaufstellung zur Europawahl 2019**

10  
11 Wir Jusos fordern den SPD-Parteivorstand und den SPD-Bundesparteitag auf, bei der Erstellung  
12 der Bundesliste zur Europawahl unter den ersten 22 Listenplätzen je ein Grundmandat für  
13 jedes Bundesland zu vergeben, deren Reihenfolge wechselt.  
14

15 Um ein solidarisches Nutzen der Personenpopularität im Wahlkampf zu ermöglichen, muss die  
16 Reihenfolge der Bundesländer auf der Bundesliste hierbei von Wahl zu Wahl variieren. Mit der  
17 Ausarbeitung eines entsprechenden Systems wird die Abteilung Parteiorganisation des  
18 Parteivorstandes beauftragt.  
19

20  
21 **Begründung:**

22  
23 Besonders die mitgliederschwachen Verbände der SPD haben bei der letzten Europawahl  
24 massiv an der schlechten Platzierung auf der Bundesliste gelitten. Mehreren  
25 Europaabgeordneten, die eigentlich genug Stimmen auf sich vereinigt hätten, wurde dadurch  
26 der Einzug ins Europäische Parlament verwehrt. Dabei wird das Projekt Europa und seine  
27 Verwurzelung in der Bevölkerung gefährdet, weil seine wichtigsten RepräsentantInnen nicht  
28 mehr in allen Regionen präsent sind.  
29

30 Gerade den neuen Bundesländern, von denen 4 Landesverbände in der aktuellen  
31 Legislaturperiode nicht mehr im Europäischen Parlament vertreten sind, wird somit  
32 Partizipation verwehrt.  
33

34 Die richtige Konsequenz hieraus darf allerdings nicht sein, pauschal Landeslisten zu fordern:  
35 Damit würde man es bevölkerungsschwachen Bundesländern wie Bremen, dem Saarland oder  
36 Mecklenburg-Vorpommern fast unmöglich machen, jemals einen Europaabgeordneten zu  
37 stellen (allein in Bremen bräuchte man über 60% aller abgegebenen Stimmen), was in  
38 diametralem Gegensatz zum Solidaritätsgrundsatz der SPD steht.  
39

40 Vielmehr muss eine sinnvoll quotierte Bundesliste geschaffen werden, die auf  
41 Bevölkerungsdichte Rücksicht nimmt, aber gleichzeitig allen Bundesländern die Möglichkeit auf  
42 einen Sitz im Europäischen Parlament eröffnet.  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54

55 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
56 Weitergeleitet an:

---



## Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O4  
2  
3 Antragssteller: Jusos Jerichower Land und Jusos Börde  
4  
5 Weiterleitung an: Landesparteitag, Landesvorstand, Landtagsfraktion  
6  
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
9

### Barrierefreie Veranstaltungsorte

10 Tagungsorte für Parteitage der SPD oder Delegiertenkonferenzen der Jusos bzw.  
11 vergleichbare Tagungen / Konferenzen ihrer nach folgenden Kriterien auszuwählen:  
12  
13

- 14 • Behindertengerechte und barrierefreie Tagungsorte
- 15 • Behindertengerechte und barrierefreie Übernachtungsmöglichkeiten

16  
17 Zudem ist im Vorfeld des jeweiligen Parteitages und Bundeskongresses zu gewährleisten, dass:  
18

- 19 • Antragsbücher in Brailleschrift
- 20 • und Gebärdendolmetscher

21 zur Verfügung gestellt werden, sofern Sie benötigt/ abgefragt werden.  
22  
23

24 Als Beispiel orientieren wir uns hierfür an den Bundesparteitagen, an denen das  
25 schon geübte Praxis ist.  
26  
27

### Begründung:

28  
29 Wir im Landesverband Sachsen Anhalt, begreifen uns als inklusionsfördernder Verband und  
30 haben eine inklusive Gesellschaft als Ziel. Mittlerweile ist dieses Thema auch in der SPD  
31 präsent, was sich nicht nur mit den zahlreichen Veranstaltungen dazu belegen lässt, sondern  
32 auch im Positionspapier der SPD verankert ist. Doch mit einem reinen informellen Austausch,  
33 mit dem bloßen Diskutieren und der Erkenntnis „Wir müssen etwas für das Erreichen dieses  
34 Ziels tun“ ist es nicht getan. Der permanente Austausch zum Thema Inklusion in Form von  
35 Diskussionsrunden, Veranstaltungen und Arbeitskreise ist wichtig, dies soll mit diesem Antrag  
36 in keinsten Weise in Frage gestellt werden. Jedoch: Wir müssen endlich handeln und nicht nur  
37 reden! Und das fängt bei uns selbst an, in unserem Landesverband, wie auch in der gesamten  
38 Partei.  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54

55 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
56 Weitergeleitet an:  
57

---

## Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O5  
2  
3 Antragssteller: Jusos Halle (Saale)  
4  
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag  
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
8

### **Kennzeichnungspflicht als Koalitionsbedingung**

9  
10  
11 Die SPD Sachsen-Anhalt begrüßt die in der Debatte um das Sicherheits- und Ordnungsgesetz  
12 getätigte Aussage des stellvertretenden SPD-Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzenden,  
13 Rüdiger Erben, ohne eine verbindliche Aufnahme der Kennzeichnungspflicht mit rotierenden  
14 Ziffern für Polizeibeamtinnen und -beamte in einen künftigen Koalitionsvertrag werde die SPD  
15 „nicht zu haben sein“, und erhebt diese Feststellung zum Landesparteitagsbeschluss.  
16

#### **Begründung:**

17  
18  
19 Nach jahrelangen, intensiven Debatten hat sich die SPD Sachsen-Anhalt im Frühjahr 2012 in  
20 einem Mitgliederentscheid zur Kennzeichnungspflicht für die Polizei bekannt. Die Einführung  
21 dieses Instruments scheitert gegenwärtig allein an der wenig konstruktiven Haltung des  
22 Koalitionspartners.  
23

24 Um möglichen Missverständnissen vorzubeugen und Formelkompromissen einen Riegel  
25 vorzuschieben, ist die SPD gut beraten, die Kennzeichnungspflicht als wichtigen und von der  
26 Parteibasis bejahten Pfeiler ihrer Programmatik frühzeitig zur nicht verhandelbaren  
27 Vorbedingung für den möglichen Eintritt in eine Koalitionsregierung 2016 zu machen.  
28  
29  
30

31 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:  
32 Weitergeleitet an:

---

33  
34 Antrag: O6  
35  
36 Antragsteller: Jusos Halle (Saale)  
37  
38 Weiterleitung an: Juso-Landesvorstand und Juso-Landesausschuss, Juso-Landesarbeitskreis  
39 Gleichstellung und Zukunft  
40

41 Die Juso Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:  
42

### **Gründung einer „AG Grundsatz“ der Jusos Sachsen-Anhalt**

43  
44  
45 Zur Vorbereitung auf die anstehende Debatte um das Selbstverständnis/Grundsatzprogramm  
46 der SPD-Sachsen-Anhalt gründen die Jusos auf Landesebene eine Arbeitsgruppe, in der  
47 interessierte Jusos kontinuierlich beraten, welche Punkte sie in dem  
48 Selbstverständnis/Grundsatzprogramm verankert wissen wollen und wie der Juso-  
49 Landesverband sie innerparteilich bestmöglich kommunizieren kann.  
50

#### **Begründung:**

51  
52  
53  
54 Im kommenden Jahr möchte die SPD Sachsen-Anhalt ein Selbstverständnis erarbeiten, auf  
55 dessen konkreterer Grundlage sie in Zukunft handeln möchte. Dieses Programm soll  
56 insbesondere künftige Wahlprogramme vorstrukturieren. Wir Jusos haben häufig viele Ideen,

## Antragsbereich O - Organisation

1 aber auch Probleme bei der Durchsetzung derselben in der Mutterpartei. Daher ist es wichtig,  
2 dass wir uns in den Prozess frühzeitig und qualifiziert, aber vor allem mit Ausdauer einbringen.  
3 Um die Last ein wenig zu verteilen und die Mitsprachemöglichkeiten zu verbreitern, soll eine  
4 Arbeitsgruppe gegründet werden, die den Prozess von Beginn an begleitet. So können wir  
5 gemeinsam an den zukünftigen Grundsätzen der Landes-SPD mitwirken. Die in der  
6 Arbeitsgruppe mit Hilfe der Landesarbeitskreise gefundenen Grundsatzpositionen sollen  
7 einerseits frühzeitig in den Prozess der Aufstellung des Selbstverständnisses einfließen, aber  
8 auch auf dem abschließenden Landesparteitag eine Hilfestellung bieten.

9

10

11

12

13

14 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

15 Weitergeleitet an:

---